

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Weinhardt, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigentel: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Vertikale oder deren Raum 60 Pfg.
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlung 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Rechtsgültigkeit der Tarifverträge.

Die Tarifverträge haben in den letzten Jahren eine bedeutende Verbreitung gefunden und die auf den Abschluß und den Ausbau der Tarifverträge gerichtete Bewegung hat den Höhepunkt noch nicht überschritten. In den Kreisen der Arbeiter, die früher den Tarifen gleichgültig oder direkt ablehnend gegenüberstanden, findet die kollektive Regelung des Arbeitsvertrages immer größere Sympathie und manche Unternehmergruppen sind von dem früher vertretenen Standpunkt, nur mit den einzelnen Arbeitern Verträge abzuschließen, so gründlich abgekommen, daß ihnen, wie wir das beim Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe gesehen haben, der Abschluß des Kollektivvertrages die Voraussetzung für die Einstellung von Arbeitern wurde. „Ohne Vertrag keine Arbeit“ war im Jahre 1907 der Kampfruf der Berliner Tischlermeister.

Wie in der Holzindustrie, sind auch in einer Reihe anderer Industriezweige eine ganze Menge von Tarifverträgen abgeschlossen worden. Die vertragschließenden Parteien sind hierbei davon ausgegangen, daß durch den Vertrag gewisse für das Arbeitsverhältnis grundlegende Momente geregelt und eine Basis geschaffen werde, welche für den Abschluß der Arbeitsverträge mit den einzelnen Arbeitern maßgebend ist. Die Arbeitszeit, die der Tarifvertrag vorschreibt, ist das Maximum dessen, welches den Arbeitern zugemutet werden darf, die unter sein Geltungsbereich fallen, während dort, wo ein Minimallohn oder wo Affordsjätze vorgeschrieben sind, diese die unterste Grenze der Entlohnung bilden. Der Tarifvertrag legt beiden Parteien Beschränkungen auf, er bringt aber auch beiden Vorteile. Der am meisten in die Augen springende Vorteil für die Unternehmer liegt darin, daß sie für die Dauer der Vertragszeit gegen neue Forderungen der Arbeiter geschützt sind; andererseits gewährt der Vertrag den Arbeitern die Sicherheit, daß ihnen in Zeiten schlechten Geschäftsganges keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ausgenützt werden kann.

Diese Vorteile waren es, welche den Tarifverträgen in kurzer Zeit eine so riesige Ausdehnung verschafften. Der Umstand, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Gesetzgebung vorausgeeilt war, daß es ein Gesetz über die Tarifverträge nicht gab, suchte die vertragschließenden Parteien wenig an. Man verließ sich auf Treu und Glauben und auf den guten Willen des Partners, den Vertrag ehrlich einzuhalten. Dementsprechend legte man auch nicht selten auf den Wortlaut des Vertrages nur geringes Gewicht, waren doch meist im Vertrag selbst Instanzen (Schlichtungskommissionen usw.) vorgesehen, die bei Streitigkeiten über die Auslegung der Vorschriften in Funktion zu treten hatten. Das Problem der Tarifverträge zog sehr bald auch die Augen der Theoretiker auf sich, welche den Gegenstand von den verschiedensten Gesichtspunkten behandelten, und so gibt es heute eine laubigenartig anwachsende Literatur über den Tarifvertrag. Natürlich erregte der Umstand, daß dem Tarifvertrag, trotz der riesigen Ausdehnung, die er sich in der Praxis errungen, die gesetzliche Grundlage fehlt, insbesondere die Aufmerksamkeit der Juristen und eine ganze Reihe von Gesetzesvorschlägen legen Zeugnis ab von dem Bemühen, das Recht des Tarifvertrages gesetzlich festzulegen. Auch der im September dieses Jahres in Karlsruhe abgehaltene Deutsche Juristentag hat sich mit dem Gegenstand beschäftigt und in einer Resolution die Gesichtspunkte bezeugnet, welche bei der Kodifizierung des Rechtes der Tarifverträge zu berücksichtigen wären.

Die Arbeiterschaft hat diesen Bemühungen, das Recht des Tarifvertrages gesetzlich festzulegen, ziemlich gleichgültig gegenüberstanden. Wir haben mit der Gesetzgebung sowohl als mit der Justiz so viele Erfahrungen gemacht, daß das Vertrauen auf das Zustandekommen eines guten Gesetzes und auf dessen loyale Auslegung sehr gering ist. Gerade die Kunst, welche die Rechtsprechung in der Auslegung der Gesetze entwickelt hat, die für die Arbeiterschaft in Betracht kommen, hat unter dieser ein nur zu begründetes Mißtrauen gegen die Justiz wachgerufen, welches so leicht nicht zu überwinden sein dürfte. Aber trotz dieses tiefgewurzelter Mißtrauens werden wir der Frage der Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Tarifverträge doch eine erhöhte Aufmerksamkeit widmen müssen. Es sind bereits gerichtliche Entscheidungen in Sachen der Tarifverträge ergangen, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob der gegenwärtige Rechtszustand den Arbeitern nicht noch verhängnisvoller ist als ein Gesetz

über den Tarifvertrag, welches unseren Wünschen nicht voll entspricht, dessen Bestimmungen wir uns aber anpassen können.

Das Reichsgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Tarifvertrag eine Koalition sei, auf welche der § 152 der Gewerbeordnung Anwendung finde. Das heißt, es stünde jedem frei, von dem Tarifvertrag zurückzutreten, ohne daß deshalb eine Klage oder Einrede statthaft sei. Diese Entscheidung zeigt nur, wie fremd die höchsten deutschen Richter dem Wirtschaftsleben gegenüberstehen; auf die Dauer wird das Reichsgericht diesen Standpunkt nicht einhalten können. Für die Praxis wichtiger ist die Auffassung von dem Wesen der Tarifverträge, welche kürzlich das Hamburger Gewerbegericht entwickelt hat, zumal es sich hier um eine Instanz handelt, welche in engster Fühlung mit dem wirtschaftlichen Leben steht und welcher die Aufgabe zufällt, die starren Rechtsnormen mit den Bedürfnissen des praktischen Lebens in Einklang zu bringen. Sollte die Auffassung des Hamburger Gewerbegerichts Gemeingut werden, dann dürfte die nur mühsam überwundene Gegnerschaft der Arbeiter gegen die Tarifverträge bald reichlich Nahrung erhalten.

Der Sachverhalt ist in Kürze folgender: Eine Firma der Betonbranche erklärte ihren Arbeitern plötzlich, daß sie den Vertrag nicht mehr anerkenne und reduzierte die Löhne. Die Arbeiter wandten sich an die Schlichtungskommission, welche sie anwies, vorläufig weiterzuarbeiten, was notwendige würde beantragt werden. Beim Gewerbegericht wurde alsdann Klage angestrengt auf Zahlung des tariflichen Lohnes. Diese Klage wurde vom Gewerbegericht abgewiesen. Das Urteil führt zunächst aus, daß sich die Arbeiter durch das Weiterarbeiten für den reduzierten Lohn mit diesem einverstanden erklärt hätten. Dann stellt es den Grundsatz auf, daß ein Arbeitsvertrag, der von dem Tarifvertrag abweicht, gültig sei. Das Urteil nimmt Bezug auf § 105 der Gewerbeordnung, nach welchem die Festsetzung der Arbeitsverhältnisse Gegenstand freier Uebereinkunft ist und führt weiter aus, daß die Nichtigkeit der dem Tarifvertrag zuwiderlaufenden Sonderabmachung aus dem § 187 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht hergeleitet werden kann. Dann wird der § 138 des gleichen Gesetzes angezogen, welcher bestimmt, daß Rechtsgeschäfte, welche den guten Sitten zuwiderlaufen, insbesondere solche, bei welchen die Notlage eines anderen in ungebührlicher Weise ausgenutzt wird, nichtig sind. Das Gewerbegericht meint, daß in Folge der geringen Löhne nur um 10 Pfg. pro Stunde gekürzt wurden; das Gericht lehnt es überhaupt ab, die Nichtigkeit tarifwidrig geschlossener Verträge anzuerkennen, „denn der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer kann durch seine wirtschaftliche Lage gezwungen sein, seine Arbeitsverträge abweichend vom Tarif regeln zu müssen, um seine Lebensverhältnisse im Kampfe mit denen seines Vertragsgegners zu behaupten“.

In einer anderen Klage hat das Gericht sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. In der Urteilsbegründung führt es aus, daß der Hauptzweck der Tarifverträge nach dem geltenden Recht nur der sein kann, daß die Vertragsparteien rechtlich verpflichtet sein sollen, ihrerseits mit allen zulässigen Mitteln dahin zu wirken, daß auch die Mitglieder der Korporationen die im Tarif festgelegten Arbeitsbedingungen in den von ihnen eingegangenen Arbeitsverträgen als gültig ansehen. Von untergeordneter Bedeutung und deshalb dem Wesen und Zweck der Tarifverträge durchaus nicht widersprechend sei es, wenn hier und da ein einzelner Arbeitgeber mit einzelnen Arbeitern besondere, von den tariflichen Bestimmungen abweichende Arbeitsbedingungen vereinbart. Einzelarbeitsverträge, welche gegen Tarifbestimmungen verstoßen, können aus juristischen Gründen nicht als ungültig angesehen werden, da es im geltenden Recht keine einzige Gesetzesbestimmung gibt, mit welcher man eine solche Ungültigkeit begründen könnte. Schließlich erklärt das Gewerbegericht: „In Zeiten schlechter Konjunktur statt der bisher üblichen 60 Pf. nur 50 Pf. Stundenlohn zu zahlen, verstoßt zweifellos nicht gegen die guten Sitten“.

Wenn die Auffassung des Hamburger Gewerbegerichts von dem Wert und der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge richtig ist, dann bedeutet das eine kräftige Gemmung für den Fortschritt des Tarifgedankens. Man hat die Tarifverträge als „gewerbliche Friedensdokumente“ überschwinglich gefeiert und ihnen nachgesagt, daß sie ein wichtiges Mittel seien, einen Ausgleich der Interessen der Unternehmer und der Arbeiter auf friedlichem Wege

herbeizuführen; die Lohnkämpfe sollen durch sie vermindert und das Wirtschaftsleben in höherem Maße gesichert werden. Von dem überschwenglichen Lob der Tarifverträge haben wir uns ferngehalten, aber wir haben gern anerkannt, daß ein Vertrag, welcher die Arbeitsbedingungen für eine gewisse Zeit regelt, der ständigen Unruhe vorzuziehen ist. Deshalb haben wir die Ausbreitung des Tarifgedankens begrüßt und sie nach Kräften gefördert. Wir müßten aber unsere Ansicht gründlich revidieren, wenn in Konsequenz des Hamburger Urteils die Tarifverträge nur den Zweck haben sollen, die Arbeiter einseitig zu binden. Wir waren bisher der Meinung, daß der Hauptwert der Tarifverträge darin liegt, daß durch sie die Unternehmer auch in Zeiten schlechten Geschäftsganges verpflichtet sind, die vereinbarten Arbeitsbedingungen einzuhalten, daß ihnen also die Möglichkeit genommen wird, auf Kosten der Arbeiter einander Schundkonkurrenz zu bereiten und so das ganze Gewerbe zu schädigen. Haben die Tarifverträge diese Wirkung nicht, dürfen die Unternehmer trotz des geltenden Vertrages die Löhne nach Belieben reduzieren und wird dabei noch eine Kürzung des Vertragslohnes um nahezu 17 Proz. von einem Gewerbegericht als angemessen und nicht wider die guten Sitten verstoßend bezeichnet, dann — pfeifen wir auf solche Verträge.

Das Urteil des Hamburger Gewerbegerichts ist ein Warnungsruf für die Arbeiterschaft. Wir müssen den auf die gesetzliche Festlegung des Rechtes der Tarifverträge gerichteten Bestrebungen größere Aufmerksamkeit widmen, aber auch inzwischen schon beim Abschluß von Verträgen die nötige Vorsicht walten lassen, damit wir nicht durch eine spitzfindige Auslegung der bestehenden Gesetze um unsere Rechte betrogen werden.

Die deutschen Holzindustrien im Jahre 1907.

b. Es muß natürlich das lebhafteste Interesse erregen, die Lage der Industrie zu einer Zeit kennen zu lernen, in der die Krise eingeleitet hat, das ist der Frühherbst des Jahres 1907, über den erst jetzt vollständige Angaben vorliegen, so in dem eben erschienenen 2. Teile des Jahrgangs 1908 der „Weltwirtschaft“ (Leipzig, W. G. Teubner), der Deutschland behandelt. Es wird da ausgeführt, daß im Gegensatz zu anderen Industrien die Aussichten für das Jahr 1907 sehr trübe waren. Die schwierige Lage des Geldmarktes gab den Holzhändlern Anlaß zu ersten Beschränkungen, weil die Prosperität des Holzgeschäftes, namentlich soweit es sich um Bauholz handelt, im höchsten Maße von der Flüssigkeit des Kapitals abhängig ist; ohne diese muß die Bautätigkeit zu einem großen Teile ruhen. Die Nachfrage nach Bauholz und nach Fabrikaten der Bautischlerei ging stark zurück, das Geschäft geriet vollständig ins Stocken, in erster Linie das unsolidе Holzgeschäft, aber auch das solide wurde durch die zahlreichen Zahlungseinstellungen in Mitleidenschaft gezogen. Diejenigen Holzbetriebe, welche in der Herstellung und Lieferung von Schwellen für Eisenbahnen, von Grubenholz für den Bergbau, von Hölzern für die Industrie arbeiteten, waren auch im Jahre 1907 in voller Tätigkeit und erzielten guten Gewinn. Im ganzen aber war die Lage des Holzmarktes und der Sägeindustrie im Jahre 1907 nicht günstig, in dessen ist das Bild keineswegs so ungünstig, wie es vielfach dargestellt worden ist. Die Einfuhr von Holz stieg trotz der ungünstigen Lage im Jahre 1907 noch weiter, weil im Holzhandel auf Grund lange vorher gegebener Aufträge die Lieferungen zu erfolgen haben. Für den Handel ist charakteristisch, daß Rußland als Verfolger Deutschlands mit Holz nun Oesterreich überflügelt hat. Das ist für die deutsche Sägeindustrie von hervorragender Bedeutung, weil in Oesterreich das Holz zu Schnittmaterial im eigenen Lande von Jahr zu Jahr immer mehr verarbeitet wird, während das aus Rußland kommende Holz meist als Rundholz nach Deutschland kommt.

Da in Deutschland der größeren Einfuhr bei vermindertem Verbrauch eine regulierende Steigerung der Ausfuhr nicht gegenübersteht, mußten große Bestände unverkauften Rundholzes, wie auch die Schnittmaterialien in das neue Jahr 1908 hinübergenommen werden, doch sind die Preise erst im letzten Vierteljahr 1907 etwas zurückgegangen. Die engeren Zusammenschlüsse im Holzhandel wie in der Sägeindustrie mit ihrer Regulierung der Preise und mit ihrer Festsetzung von Verkaufsbedingungen haben diese Wirkung verursacht.

In der Holzindustrie spielt die Form der Aktiengesellschaft lange noch nicht die bedeutungsvolle Rolle, wie in

der Metallindustrie, der Brauindustrie usw. Der Vergleich der Dividenden der wichtigeren Aktiengesellschaften im Jahre 1907 ergibt, daß unter 27 bloß 4 eine höhere Dividende zahlten wie im Jahre 1906. Eine gleich hohe Dividende in den Jahren 1907 und 1906 wiesen 8 Gesellschaften auf, während die übrigen mit niedrigeren Dividenden ihren Aktionären Enttäuschungen bereiten mußten.

Ueber die eigentliche Holzverarbeitung finden wir wenig Mitteilung. Ueber die lange Dauer der Tarifkämpfe und über die Streiks wird geklagt, so daß man auch hieraus ersehen kann, daß den Unternehmern nachträglich ihre Halsstarrigkeit und ihr langes Zögern sehr unbecommt geworden ist. Es wird dann bemerkt, daß sich in der Möbelfabrikation beobachten läßt, daß die Käufer höhere Ansprüche an die Form stellen, und daß das Verständnis für architektonisch richtige und stilgerechte Durchführung sich mehr und mehr verbreitet, und daß sich somit die Pflege des Kunstgewerbes stark geltend macht.

Ueber die Spielwarenindustrie finden sich einige Angaben, so die, daß der Export vom Jahre 1906 bis zum Jahre 1907 sich von 40 auf reichlich 80 Millionen Mark, also um 100 Proz. erhöhte, und daß die Gesamtproduktion deutscher Spielwaren, d. h. Ausfuhr und Innenbedarf, von etwa 50 auf 100 Millionen Mark stieg.

Es ist nicht viel, was wir über die deutschen Holzindustrien mitteilen können, aber da die Produktionsfähigkeit im allgemeinen sehr ungenügend ist, muß man mit dem wenigen, was sich feststellen läßt, auch nicht gar zu kritisch verfahren, man muß froh sein, überhaupt einige Angaben erhalten zu können.

Allerlei Gereimtes und Ungereimtes.

fehlt Fräulein Dr. Fanny Imle den Lesern des christlichen „Holzarbeiter“ in einer Artikelserie „Wintergedanken“ der christlich organisierten Kollegenschaft vor. Das gelehrte Fräulein ist nämlich begeisterte Anhängerin der Tarifverträge um jeden Preis. Sie hat schon diverse Abhandlungen über die Tarifbewegung geschrieben, wobei ihre anfängliche Objektivität immer mehr Schaden gelitten hat, je mehr sie die gewerkschaftlich-christlichen Organisationsgrundsätze in sich aufnahm. Deutlich kann man bei ihr jetzt eine gewisse Tendenz feststellen, die Tätigkeit der Arbeiter in der Tarifbewegung herabzuwürdigen auf Kosten der Unternehmer. Sicher handelt das Fräulein Doktor dabei in dem guten Glauben, damit der Tariffache am besten zu dienen, aber einwandfrei ist diese ihre tendenziöse Beurteilung der Sachlage deshalb nach lange nicht.

Bezeichnend für die Inleische Art, die Tarifbewegung zu beurteilen, war der folgende Vorfall: In ihrem vor Jahresfrist erschienenen Buche „Die Tarifverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in Deutschland“ suchte sie es so hinzustellen, wie wenn unser Verband durch die Ereignisse auf dem Gebiete des Tarifwesens förmlich über rascht und gegen seinen Willen zu einer Stellungnahme zur Tariffrage förmlich gedrängt worden wäre. Tatsache ist, daß wir seinerzeit in der Holzindustrie allein den Tarifgedanken propagiert haben, und daß es nur unserem Verband zu danken ist, wenn örtliche Verträge in so großer Zahl zum Abschluß kamen. Tatsache ist ferner, daß unser Verband wiederum ganz unbeeinflusst von äußeren Einflüssen auf seinem Verbandstag in Nürnberg zum Tarifproblem Stellung nahm, und zwar zu einer Zeit, als die Unternehmerorganisationen noch Geheer der Tarifverträge waren und als Fräulein Fanny Imle und der christliche Holzarbeiterverband noch nicht ihr großes Interesse an der Tarifbewegung entdeckt hatten. Das tollte an Verdrehung der Tatsachen leistet sich Fanny Imle übrigens bei der Beurteilung der Stellungnahme des Nürnberger Verbandstages zu der Tariffrage. Diese Stellungnahme sei „wohl mehr ein taktisches Manöver, als eine prinzipiell geklärte Kundgebung, sie ermutigt vorsichtig zum Eingehen tariflicher Abmachungen und betont, daß in solchen kein Bruch mit dem revolutionären Prinzip“ zu sehen sei. Wahrscheinlich sollte durch diese öffentliche Dokumentierung der Unklarheit dem Radikalismus weiter Gewerkschaftskreise Rechnung getragen und das Wohlwollen der Sozialdemokratie für die praktische Gewerkschaftsarbeit gewonnen werden. Durch die Verleumdung der prinzipiellen Bedeutung der Tarifgemeinschaft erkaufte man sich hier, wie in manchen anderen sozialistischen Organisationen, die Bewegungsfreiheit auf dem Gebiet der Praxis.

Tatsache ist, daß in der Nürnberger Resolution von einem „Bruch mit dem revolutionären Prinzip“ keine Rede ist, wohl aber lautet ein Absatz der Resolution: „Der Verbandstag sieht in dem Abschluß solcher Verträge keine Aufgabe eines gewerkschaftlichen Prinzips.“

Das von dem „revolutionären Prinzip“ ist freie Erfindung der Verfasserin, erfunden zu dem Zwecke, unseren Verband herabzuwürdigen und seine Tätigkeit im Tarifkampf zu verkleinern.

Nach diesem System arbeitet Fanny Imle nun auch in dem angeführten Artikel im christlichen „Holzarbeiter“. Verkleinerung der Tarifarbeit der Arbeiter und ungebührliche Hervorhebung der im Grunde genommen doch geringen Verdienste der Unternehmer um die Tariffache sind bei ihr die Regel. Auch hier tut die Verfasserin den Tatsachen hart Gewalt an. So wenn sie rühmend die Tatsache erwähnt, daß der Arbeitgeberverband im letzten großen Berliner Kampf die Parole „Ohne Tarif keine Arbeit“ ausgegeben habe. Diese Parole entsprach beinahe ausschließlich der großen Zuneigung der Unternehmer zu den Tarifverträgen, sie war lediglich ein taktisches Kampf-

manöver. Auch von dem großen Interesse der Unternehmer an der Ausgestaltung des Tarifwesens, von der die Verfasserin immer wieder redet, ist in der Praxis draußen nichts zu merken. Gerade die Rentienz der organisierten Unternehmer in Frankfurt a. M., Darmstadt, Wiesbaden, Essen, Magdeburg, Ludentwabe und Poppo beim vorjährigen Tarifabschluß redet da eine zu deutliche Sprache. Wie man in Unternehmerkreisen über die Tarifverträge denkt, wie weit man dort von gesunden tariflichen Anschauungen noch entfernt ist, das lehrt auch recht deutlich ein Zwischenfall, der sich jüngst in Fürth in Bayern ereignete. Dort wurden in einer größeren Spiegelfabrik bedeutende Lohnabzüge angedroht. Um diese Abzüge zu verhindern und einer Regelung der Lohnfrage von Organisation zu Organisation herbeizuführen, wandte sich die Verwaltung unserer Fürther Zahlstelle an den Fürther Unternehmerverband der Holzindustriellen und lud diesen zu gemeinsamen Verhandlungen über die Frage ein. Darauf antwortete die Leitung des Unternehmerverbandes wie folgt:

Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe in Bayern u. d. Rh. Bezirksverband Fürth, Fürth, 1. Dezember 1908. An den Deutschen Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Fürth

Dahier.

Auf Grund Ihres w. Schreibens vom 24. cr. habe ich mit den sämtlichen Herren der Großindustrie heute eine Sitzung gehabt. Es wurde allseitig der Wunsch geäußert, vorerst noch von einer gemeinsamen Aussprache abzusehen, da eine Besserung der Lage dadurch doch nicht herbeigeführt werden dürfte. Es soll jedem Unternehmer bis auf weiteres selbst überlassen sein, innerhalb seines Betriebes die Maßnahmen zu treffen, die ihm in Anbetracht der jetzigen schlechten Konjunktur zu seiner Selbsterhaltung für notwendig erscheinen.

Hochachtungsvoll, G. V. Steinhardt.

So steht es um das Interesse der Unternehmer an der Tarifbewegung. Für sie gilt in Zeiten der Not nur das Sprüchlein „Jeder sehe wo er bleibe“, und die Parole „Nette sich wer kann“. Und das sollen in der Holzindustrie nach Fanny Imle die wärmsten Befürworter des Tarifgedankens sein und mit solchen Leuten als Vertragskontrahenten sollen wir künftig gemeinsam die schwierigsten Tarifprobleme lösen. Ein starkes Stück, uns das zuzumuten.

Die Fürther Unternehmer stehen mit ihren Anschauungen über die Regelung des Arbeitsverhältnisses nun keineswegs vereinzelt da. Wir könnten eine ganze Reihe ähnlich gelagerter Fälle hier anführen, die beweisen, daß man sich im Unternehmerlager lange noch nicht der ganzen Tragweite des Tarifproblems bewußt ist, daß man dort vor allen Dingen aber lange noch nicht über die nötige Tarifanhängerschaft verfügt. Ueber alle diese Tatsachen setzt sich Dr. Fanny Imle hinweg, weil es in ihrer Formel von der Tariffreundschaft der Unternehmer und der Tariffreundschaft der Arbeiter nicht hineinpaßt.

Ganz im Sinne dieser Formel sind folgende niedlichen Sätze geschrieben:

„Da im Holzgewerbe die eigentliche Initiative zum Abschluß von den Arbeitgebern ausging, ist ein Teil der im Verlaufe der Verhandlungen schon gewonnenen Gewinne...“ Das ist die alte Geschichte von den Arbeitgebern, die die Initiative zum Abschluß der Tarifverträge ergreifen, während die Arbeiter nur passiv mitwirken. Ein vernichtender Schlag gegen die Arbeiterschaft, die Gewerkschaft usw. Man kann nicht so unpersönlich vernünftig und sachlich praktisch sein, daß man sich in ein Unternehmertum hineinfrischt, welches etwas Nützliches fördert, selbst wenn die Arbeiter dabei auch ihren Vorteil haben. Man ist so klein im Denken, daß man die Freude an einer Reform in dem Moment verliert, wo auch der Arbeitgeber seine Lust daran hat. So sind ja auch die kleinen Kinder, die oft ein Spielzeug nicht mehr haben mögen, wenn ein anderes Kind damit gespielt hat. Daß erwachsene Arbeiter noch so empfinden können, das müssen wir eben auf eine fränke Sozialmoral zurückführen. Die Klassengegenstände des Kapitalismus haben sie herborgerufen, die sozialdemokratische Ethik hat sie systematisch ausgebaut und das, was nur unbewußtes Fühlen war, verstandesmäßig bearbeitet. Ein triebartiges Mißtrauen, das wohl jeder Lohnarbeiter dem Kapitalisten entgegenbringt, welches sich aber an sich mit Verstandesgründen überwinden ließe, ist von der Sozialdemokratie aus der Volksseele herausdestilliert und zum sozialen Explosivstoff bereitet worden. Damit ist nun die ganze wissenschaftliche Atmosphäre dieser Partei angefüllt, und Arbeiter, welche in sie eintreten, werden dadurch in ihren Moralbegriffen angekränkt. In dieser Verfassung sind sie dann blind gegen alles Vernünftige, Gute auf Seiten des sozialen Gegners und für jede auch ihnen zuträglich Reform, die von ihm ausgeht. Die Sozialgrundzüge des Christentums können und müssen dieser Irreführung des sittlichen Volksempfindens entgegenwirken, und sie werden es tun können, wenn die Gläubigen durch lebendige Sozialarbeit den Mißtrauischen zeigen, daß und wie sich auf der Grundlage des heutigen Rechts und der heutigen Moral praktisch für die Arbeiter wirken läßt.

Wenn dieses Wortgeflügel von „Sozialmoral“, „Moralbegriffen“ usw. etwas besagen soll, so läuft es doch wieder nur auf eine Herabwürdigung der großen Mehrzahl der für einen Tarifvertrag in der Holzindustrie in Frage kommenden Arbeiterschaft hinaus. Den Tatsachen entspricht diese Schilderung, die reif ist für die „Arbeitgeberzeitung“ und die „Sachzeitung“, natürlich in keiner Weise.

Aber was kümmert sich Fräulein Fanny Imle um Tatsachen. Ihr ist es immer nur um die Begründung der Formel von der Tariffreundschaft der Unternehmer und der Tariffreundschaft der Arbeiter zu tun.

Dieser Formel wird selbst der christliche Holzarbeiterverband geopfert. Denn nur auf diese Organisation können sich folgende Ausführungen der Verfasserin beziehen:

„Außerordentlich verstärkt wird übrigens das Mißtrauen gegen jede paritätische Aktion und noch mehr jede vom Unternehmertum angeregte Reform durch ein gewisses Schwächebewußtsein, das die Gewerkschaften leicht haben, bevor sie in jeder Hinsicht dem Gegner gewachsen sind. Je kleiner, ärmer und mangelhafter geleitet eine Organisation ist, desto radikaler sind ihre öffentlichen Kundgebungen und desto größer ist ihre dahinter verborgene Furcht vor einem Zusammenstoß mit den Arbeitgebern.“

Das ist ja dem christlichen Holzarbeiterverband wie auf dem Leib geschrieben. In der Tat kann sich der christliche „Holzarbeiter“ zu seiner gelehrten Mitarbeiterin gratulieren.

Die Organisationsbestrebungen der Stellmachermeister.

a. h. — Auch die Stellmacherei gehört zu jenen Gewerben, die schon frühzeitig in Gestalt der Zünfte gewisse Organisationsbestrebungen zeitigten. Doch haben die Stellmachermeister unter dem Zunftwesen niemals eine geistige Regsamkeit an den Tag gelegt. Die weite Verbreitung kleiner und kleinster Betriebe mit primitiven Arbeitsmethoden, außerordentliche Länge des Arbeitstages und vor allem die Rekrutierung der Berufsangehörigen aus den zum rückständigsten Kreise der Bevölkerung, vermochten auch schwierig, geistig regsame Elemente herborzubringen. Dieses blieb naturgemäß für die Folgezeit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht ohne Einfluß.

Als vor 30 bis 40 Jahren das Eisenbahnwesen eine gewaltige Umwälzung im Wagenbauwesen mit sich brachte, trat alsbald ein beängstigendes Gefühl in den Reihen der Kleinmeister zutage. Die allgemein gehegte Auffassung von dem ewigen Bestand des Kleinbetriebes im Stellmachergewerbe erhielt einen ganz bedenklichen Stoß. Es entstanden große, mit allen Errungenschaften der modernen Maschinentechnik ausgestattete Waggonfabriken, und später große, sich dem Luxus- und Geschäftswagenbau widmende Wagenfabriken, die bald Tausende von Arbeitern beschäftigten. Dies bedeutete für zahlreiche selbständige Existenzen der Stellmacherei ein Versinken ins Proletariat, wie in kaum einem anderen Gewerbe. Allein von 1882 bis 1895 sank die Zahl der Stellmachermeister im Deutschen Reich um 10 Proz., während sich die Zahl der Gesellen um 35 Proz. erhöhte. Die allgemeine Verwirrung, die das Produkt einer derartigen Entwicklung war, konnte bei den Meistern keine Grenzen. Man erblickte sein Heil nur in ausgedehntester Lehrlingszuchterei. Wie schwer aber eine derartige Praxis die Lage im Handwerk und insbesondere die der Gesellen beeinträchtigte, geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß trotz des gewaltigen Aufschwunges der Wagenbauindustrie tausende des jungen Nachwuchses keine Beschäftigung im erlernten Berufe finden konnten. Erst sehr viel später kam endlich bei einem geringen Teil der Kleinmeister der Gedanke nach Erziehung wirtschaftlicher Vereinigungen, wie z. B. Innungen, auf.

Der „Bund deutscher Stellmacher- und Wagnerinnungen“, der es sich zur besonderen Aufgabe machte, diesem Ziele nachzueifern, hat es in den circa 30 Jahren seiner Wirksamkeit nur in ganz geringem Umfange vermocht, neue Innungen zu errichten, alsdann diese, wie auch weitere schon bestehende, unter seiner Obhut zu bekommen. Auf der letzten Zusammenkunft dieser Organisation, dem 23. Stellmacher- und Wagnerverbandstag, abgehalten vom 10.—12. August 1907 in Bremen, wurde denn auch diese Tatsache mit größtem Bedauern festgestellt. Auf dem vorhergehenden Verbandstage im August 1905 hatte man sich, resultierend aus dem allgemeinen Erwachen der Stellmachergesellen und der Einberufung der Stellmacherkonferenz nach Halle a. S. im Oktober desselben Jahres, ein besonderes Referat über die Notwendigkeit eines festeren Zusammenschlusses halten lassen. Es wurde zwar die Gründung eines Schutzverbandes mit Unterstützung der Regierung gefordert, allein die geringe Stärke des Innungsbundes selbst ließ den Gedanken obwalten, zunächst einmal für dessen weitere Ausdehnung Sorge zu tragen. Betrug doch die Zunahme dieser Organisation von 1903 bis 1905 bei 1409 Mitgliedern im Jahre 1905 nur 75. Es wurde ein Flugblatt in einer Auflage von 24 500 Exemplaren hergestellt und an alle indifferenten Stellmachermeister versandt, in welchem man vornehmlich mit allgemeinen Nebensachen über das immer häufiger auftretende Begehren der Arbeiter, durch unberechtigte und maßlose Forderungen das Gewerbe lahmzulegen, haufierten ging. Aber dieser Tamtam hatte den kläglichen Erfolg, daß 1907 auf der bereits angebotenen Tagung über eine Mitgliederzunahme von nur 67 Meistern berichtet werden konnte, obwohl die Zugehörigkeit zum „Innungsband“ nur einen Aufwand von 50 Pf. pro Jahr und Mitglied erforderte.

Wußten somit die treibenden Persönlichkeiten dieses Verbandes, — eine Handvoll Berliner Kleinmeister — den Zusammenschluß der Stellmachermeister zu fördern, so

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von: Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Fürth in Bayern (Ammerbörfen u. Haas), Swinemünde, Herford, Volkmann (Möbelfabrik), Basel, Bern und Bebeh in der Schweiz, Budapest, St. Louis in Frankreich;
- Mobelfabrikanten nach Frankenthal i. Pfalz (Klein, Schanzlin u. Becker), Mannheim (Strobelwerk), Triest;
- Korbmachern nach Fürstentum a. Ob., Guben, Schönebeck a. Elbe (Hildebrand);
- Matrizenmachern nach Berlin (Wogs u. Voigt, Warfchauer Straße), Zürich;
- Pantinenmachern nach Treuenbrieken (Dubel).

wurden doch, unabhängig von dieser Bewegung, in den letzten 2 Jahren 65 neue Stellmachervereinigungen gegründet, wovon nur der dritte Teil Zwangsinnungen waren. Dies geschah in richtiger Erkenntnis, daß durch letztere infolge gesetzlicher Hindernisse keine ergiebige Tätigkeit in bezug der Preisgestaltung der Arbeitsprodukte möglich ist.

In Baden, Bayern und Württemberg, wo die Innungsbildung in den Jahren 1907 und 1908 am meisten Fortschritte machte und jede Innung stets einen ganzen Amts- resp. Oberamtsbezirk umfaßt, befinden sich unter den 37 neuen Gruppen nur 10 Zwangsinnungen. Den größten Fortschritt auf dem Gebiete des Innungswesens hat Württemberg aufzuweisen. Hier wurden 14 freie und eine Zwangsinnung errichtet. Die letztere im Bezirk Besigheim, die anderen für die Oberämter Tuttingen, Nagold, Gaildorf, Nieningen, Neutlingen, Tübingen, Neuenburg, Waiblingen, Schorndorf, Kannstatt, Alen, Urach, Stuttgart und Rottweil. Dieses kräftige Aufblühen ist fast ausschließlich der Tätigkeit des im April 1907 unter Beteiligung von 200 Meistern gegründeten „Württembergischen Wagnermeisterverbandes“ zuzuschreiben. Besonders war es dessen Vorsitzender Siegel-Wahlenberg, der mit Unterstützung der Sekretäre der vier Handwerkskammern persönlich in einer ganzen Reihe Orte die Errichtung neuer Meisterorganisationen einleitete. Daß hierbei stets für freiwillige Innungen gewirkt wurde, ist am besten aus dem Statut zu verstehen, das über den Zweck des Verbandes folgendes besagt: „Der Verband bezweckt die Wahrung der gesamten Berufsinteressen der Wagnermeister, die Vertretung der Standesinteressen gegenüber der Öffentlichkeit, dem Staate, den Gemeinden und anderen Körperschaften, sowie die Regelung gleichmäßiger Preise für die einzelnen Arbeitsleistungen, die Pflege des Genossenschaftswesens und die Förderung eines geordneten Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen.“ Den letzten Satz versteht man nur zu gut; man kann dahinter die eigentliche Ursache der ganzen Organisationsgründung erklären.

In Bayern, wo zurzeit die Wagnermeisterbewegung durch die am 8. November 1908 in Augsburg erfolgte Gründung eines „Verbandes bayerischer Wagnermeister“ besonderes Interesse erfordert, nahm die Arbeitgeberorganisationsbildung und -entwicklung einen entgegengesetzten Weg wie in Württemberg. Organisation aus dem Kleinen heraus war dort die Parole der Innungsförderer. Zunächst nahm diese Bewegung im Regierungsbezirk Schwaben ihren Anfang, wo zu Beginn des Jahres 1907 erst 4 Innungen bestanden. Seitdem hat sich diese Zahl durch Neugründungen auf 14 erhöht, die insgesamt 510 Mitglieder besitzen. Auf einer am 12. April 1908 in Rempten erfolgten Zusammenkunft von 80 Meistern, die 12 Innungen vertraten, wurde durch die Errichtung eines „Verbandes schwäbisch-bayerischer Wagnerinnungen“ ein wesentlicher Schritt nach vorwärts vollzogen. Auf dieser Tagung wurde u. a. noch beschlossen, dem „Bund deutscher Stellmacher- und Wagnerinnungen“ beizutreten, jedoch bei Garantie vollständiger Selbstständigkeit im Tätigkeitsbezirk. Weiter sollte erwogen werden, einen Landesverband für das gesamte Königreich ins Leben zu rufen. Dieses ist denn auch in der Tat am 8. November in Anwesenheit von 150 Wagnermeistern aus allen Regierungsbezirken geschehen. Damit ist nunmehr auch im zweiten größten deutschen Bundesstaate eine immerhin zu beachtende feste Arbeitgeberorganisation im Wagenbaugewerbe geschaffen. Im allgemeinen herrschen in der bayerischen Wagnererei wohl noch recht kleinliche Zustände. Ein großer Teil der Meister arbeitet in ihren Betrieben ohne jegliche fremde Hilfe und sind zumeist noch in irgendeinem Nebenberufe beschäftigt. Nach der Berufs- und Gewerbezahlung vom Jahre 1907 wurden in Bayern 10646 Erwerbstätige in der Wagnererei gezählt; davon sind 5121 Selbständige, von denen 3856, gleich 74,4 Proz., einen Nebenberuf ausüben. Es darf aber keinen Augenblick verkannt werden, daß gerade diese zahlreichen auf dem flachen Lande lebenden Kleinexistenzen durch ihre Zugehörigkeit zum „Landesverband“ eine bedeutende Stütze für die Meister und Fabrikanten der Städte bilden, wenn es hier gilt, dem Bestreben der Gesellen auf Verbesserung ihrer Lebenslage entgegenzuwirken.

Auch in Baden hat die Innungsabewegung in den letzten beiden Jahren weitere Fortschritte gemacht, und ist man hier ebenfalls zur Gründung eines Landesverbandes geschritten, über dessen Tätigkeit bisher allerdings wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Neugründungen von Innungen erfolgten in Zell a. S., Raftatt, Staufen, Pforzheim, Tauberbischofsheim, Oberkirch, Waldshut, Osterburken und Offenburg, und zwar stets für den fraglichen Amtsbezirk.

Am bedeutungsvollsten aber war die Tätigkeit der Stellmachermeister im Königreich Sachsen während der letzten Jahre. Sachsen nimmt im deutschen Wagenbaugewerbe von jeher eine dominierende Stellung ein. Weit über die Hälfte der erzeugten Produkte geht über die Grenze, wobei die Produktion der drei Waggonfabriken, die allein an 200 Holzarbeiter beschäftigen, ganz außer Betracht gelassen ist. Die sächsischen Stellmachermeister gingen mit ihrer Organisationsfähigkeit ziemlich gründlich vor, indem sie nach dem sogenannten „Zittauer Muster“ arbeiten. Von einer Stadt ausgehend wird der Versuch gemacht, sämtliche selbständigen Berufsangehörigen einer Kreisbauhauptmannschaft in eine freie Vereinigung zusammenzubringen, die jedes Jahr ihre besonderen Zusammenkünfte hat. Auf diese Organisationsgruppierung baut sich alsdann die Landesorganisation auf, die ebenfalls jedes Jahr eine besondere Tagung veranstaltet. In fast allen Landesteilen wird nach diesem System gearbeitet. Erst vor einigen Monaten wurden sogar in den rückständigsten Gebieten im Erzgebirge zwei gleiche Organisationen neugebildet: die „Freie Vereinigung erzgebirgischer Stellmachermeister“, Sitz Obergreinau, und die „Freie Vereinigung mittelerzgebirgischer Stellmachermeister“, Sitz Durschlag. Letztere erstreckt sich auf 17 Orte. Auch in Leipzig, wo bereits seit langem eine Innung besteht, wurde eine freie Vereinigung für die engere und weitere Umgebung ins Leben gerufen, deren Zweck sein soll, „eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Stellmachers herbeizuführen, den Gewerbebetrieb lohnender zu gestalten und den Zeitverhältnissen entsprechende Preise zu erzielen“. Mit welcher Intensität aber diese Vereinigungen zu arbeiten verstehen, bezeugt recht drastisch die „Freie Vereinigung selbständiger Schmiede und Stellmacher von Madeberg und Umgegend“, die erst am 7. Oktober 1906 mit 41 Mitgliedern gegründet wurde, aber schon auf ihrer am 23. Februar 1908 tagenden zweiten Generalversammlung über einen Mitgliederbestand von 224 berichten konnte, die sich auf die Bezirke Madeberg, Königsbrück, Madeburg-Rötschenbroda, Dresden-Land (r. d. Elbe), Stolpen, Kulsitz und Ramenz verteilen. Diese energischen Organisationsbestrebungen der sächsischen Stellmachermeister sollten vor allem für unsere dortigen Kollegen eine ernste Mahnung sein, mehr als bisher für ihre Organisation zu wirken. Denn schon mehr als einmal haben auch diese Herren scharfmacherische Bestrebungen gepredigt und belätigt.

Im Gegensatz zu den vier vorgenannten Bundesstaaten hat sich die weitere Ausdehnung von Stellmacherinnungen in Preußen in verhältnismäßig geringem Umfange gezeitigt, obwohl auch hier insgesamt 19 neue Innungen, darunter 11 „freie“, errichtet wurden. Davon befinden sich 6 in Posen, je 4 in der Provinz Brandenburg und in Rheinland-Westfalen, 2 in der Provinz Hannover und je eine in Ostpreußen, Westpreußen, Hessen-Nassau und Schlesien. In den übrigen Bundesstaaten sind vorerwähnte Veränderungen nicht vor sich gegangen. Zu der für das Herzogtum Braunschweig bereits seit mehreren Jahren bestehenden Landesorganisation haben sich in diesem Jahre noch in Sachsen-Weimar und Oldenburg gleiche Korporationen gesellt. Ueber die bisherige Wirksamkeit dieser verschiedenartigen Vereinigungen werden wir noch in einem weiteren Artikel berichten. Aber nicht unerwähnt können wir heute das gegenseitige Verhältnis der Stellmacherinnungen und sonstiger Vereinigungen zu dem im November 1907 ins Leben gerufenen „Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Wagenbaugewerbe“ lassen. Für diese Organisation wird insbesondere vom „Bund deutscher Stellmacher- und Wagnerinnungen“ die größte Agitation entfaltet. Und zwar in einer recht zweifelhaften Weise. Durch die Handwerks- und Gewerbeämtern verlangte man die Adressen der im Deutschen Reich bestehenden Stellmacherinnungen und freien Vereinigungen von Wagenbauern. Dieses Material wurde alsdann dem bekannten Generalsekretär Rasse, der auch gleichzeitig als Geschäftsführer des „Arbeitgeber-Schutzverbandes“ fungiert, zur weiteren Verwertung überwiesen. Ob dieses mit Wissen der genannten Körperschaften geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls zeigt dieser Vorgang, in welcher Weise die Innungsgrößen staatliche Einrichtungen zu ihren Zwecken mißbrauchen.

Ziehen wir nun das Fazit aus der ganzen Entwicklung der Arbeiterorganisationen des Stellmachersgewerbes, so sehen wir, wie es die Innungsmeister in stetig wachsender Anzahl verstanden haben, den Wert eines festen Zusammenschlusses zu schätzen, in einer Zeit, wo in der Zahl unserer organisierten Kollegen ein nicht unerheblicher Rückgang eingetreten ist. Deshalb gilt jetzt für jeden einzelnen die ernste Mahnung, die Scharte wieder auszuweichen, damit wir jederzeit den Bestrebungen unserer organisierten Arbeitgeber gegenüberstehen.

Urchristentum und kapitalistisches Christentum.

Ein lehrreicher Vergleich — besonders für Gewerkschaftschristen.

II.

—r. Offenbar wurde das Christentum ursprünglich von seinen Befennern und Vorkämpfern — und auch von seinen Widersachern — als eine Religion aufgefaßt, deren Wirkung auf das Diesseits gerichtet sei und sich erst in zweiter Linie auf das Jenseits erstrecken sollte. Ausnahmslos war die Meinung vertreten, daß das Christentum eine soziale Umwälzung herbeiführen und eine neue Gesellschaft schaffen werde. Christus, der Heiland, werde wiederkommen und das Reich Gottes auf Erden gründen; er werde das Unrecht austrotten und eine höhere Form des menschlichen Zusammenlebens schaffen, er werde der Welt den Frieden bringen und den Kampf aller gegen alle in eine auf gegenseitige Liebe gegründete Weltordnung umgestalten. Aus dieser Stimmung heraus erwuchs der urchristliche Kommunismus und die feste Hoffnung auf die baldige Wiederkunft Christi, die die Nichtskamur altchristlichen Handelns bildete.

Als sich diese Hoffnung nicht bewirklichte und im Laufe der Jahrhunderte das Reich Gottes auf Erden immer mehr zu einem Ideal ohne realen Untergrund wurde, warf die christliche Menschheit ihre Hoffnung auf das Jenseits; sie verzweifelte am Diesseits und allmählich bildete sich der Glaube, daß die diesseitige Welt ein Jammerthal sei und bleibe, daß aber nach dem Tode im Himmel das Reich der Gerechtigkeit und Liebe entstehen werde. Dieser Jenseitsglaube, der dem Urchristentum völlig fernlag, war ein Produkt der Verzweiflung am Diesseits; er ist es gewesen, der die Entwicklung der Menschheit fast zwei Jahrtausende hindurch gehemmt hat.

Zum Glück für die Menschen bricht sich die Abficht, schon hier auf Erden eine Gesellschaft zu schaffen, die dem christlichen Kerngedanken entspricht, immer von neuem wieder Bahn, und gerade in der Gegenwart regt sie sich allüberall. Der Sozialismus gewinnt besonders in den christlichen Ländern an Boden und Millionen von Menschen fassen den Sozialismus als eine Erneuerung, ein Wiedererwachen des christlichen Ideals auf. Alles das, was das Christentum einstmal forderte: die Gleichberechtigung der Menschen, die Ehre der Arbeit, die Betonung des inneren Wertes und die Verachtung des Reichtums sowie die allumfassende Menschenliebe, alle diese Prinzipien feiern im Sozialismus ihre Auferstehung. Daher erklärt es sich, daß so viele Menschen, die es ernstlich meinen mit ihren christlichen Idealen, mit dem Sozialismus sympathisieren und ihre Kraft und ihr Vermögen in den Dienst des sozialen Gedankens stellen. Der englische Soziologe Benjamin Kidd führt einmal das Erwachen des sozialen Empfindens, diesen Grundzug des modernen Gesellschaftslebens, auf die jahrhundertelange Einwirkung der christlichen Religion zurück, die endlich soweit in die Tiefe der Gewissen gedrungen und die ganze Literatur so durchtränkt habe, daß der Ruf der unteren Massen nach Menschenwürde und Gleichberechtigung sich mit den besten und tiefsten Ueberzeugungen aller ehrlichen Leute verbünden konnte. Mag diese Auffassung auch nicht in ausreichendem Maße die Erscheinung erklären, soviel steht fest, daß ein innerer Zusammenhang zwischen christlichem Urchristentum und Sozialismus unleugbar vorhanden ist.

Es läßt sich verstehen, daß der moderne Kapitalismus, der in dem Sozialismus seinen Todfeind erblickt, diesen Zusammenhang leugnet und von einer prinzipiellen Uebereinstimmung zwischen christlicher und sozialistischer Weltanschauung nichts wissen will. Daher macht er sich ein spezielles Christentum zurecht, das sich mit der ausbeuterischen, ungerechten Tätigkeit des Kapitalismus verträgt. Die Grundgedanken des Urchristentums werden verwässert und ausgelaugt, bis ein dünner Aufguß übrig bleibt, der ohne Geschmack und Gehalt ist.

Leider, aber sehr erklärlicherweise, findet der Kapitalismus in den Reihen der wissenschaftlich Gebildeten zahlreiche Leute, die bewußt oder unbewußt den Geist des Kapitalismus in sich aufnehmen und in sich verarbeiten und danach die christlichen Ideen so ummodellieren und verunstalten, daß sie kein Mensch mehr wiederkennt. Einer dieser gelehrten Männer ist der Züricher Professor Förster, der sich als großes Kirchenlicht aufspielt und ein Christentum zusammenbraut, das wie liebliche Musik im Ohr der Kapitalisten klingt. In seinem neuesten Werke „Christentum und Klassenkampf“ beschäftigt er sich mit der Stellung der Geistlichen zur sozialen Frage. Er macht den Pastoren, die mit dem Sozialismus sympathisieren, den Vorwurf, daß sie die Natur der sozialen Frage und die Stellung des Christentums zu dieser Frage falsch auslegten, daß sie das soziale Problem rein äußerlich anfaßten, ohne auf seine eigentliche Wurzel zurückzugehen, und daß sie durch ihre Propaganda die christliche Religion verflachten und gerade diejenigen Wirkungen verbrauchten, die zur Heilung der gesellschaftlichen Krankheit am unentbehrlichsten seien.

Demgegenüber will Förster, wie er sagt, die ganze Frage von einem höheren prinzipiellen Standpunkte aus behandeln und sozusagen das ewige Problem herausheben. Zunächst weist er darauf hin, daß sich das Christentum

allerdings der Unterdrückten annahme, aber genau ebenso sehr auch der Unterdrücker; es sei für jeden da, für den Reichen wie für den Armen. Dieses Kunststück, das sehr bedenklich nach dem Rezept schmeckt: „Wasch mir den Fuß, aber mach ihn nicht naß!“ bringt das Christentum des Züricher Professors dadurch fertig, daß es sich gar nicht um die rein äußerlichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse kümmert, sondern sich darauf beschränkt, den inneren Menschen umzugestalten. Man lese nur folgende Sätze: „Christus vollbrachte keine Taten im gewöhnlichen Sinne des Wortes, die größten christlichen Taten wurden und werden in den geheimsten Gründen der Seele vollbracht und sind nach außen hin höchstens durch leuchtende Augen sichtbar. Das Christentum ist Seelenereignis, das Evangelium vollbrachte keine Taten im gewöhnlichen Sinne des Wortes, die größten christlichen Taten wurden und werden in den geheimsten Gründen der Seele vollbracht und sind nach außen hin höchstens durch leuchtende Augen sichtbar. Das Christentum ist Seelenereignis, das Evangelium vollbrachte keine Taten im gewöhnlichen Sinne des Wortes, die größten christlichen Taten wurden und werden in den geheimsten Gründen der Seele vollbracht und sind nach außen hin höchstens durch leuchtende Augen sichtbar.“

Man lese nur folgende Sätze: „Christus vollbrachte keine Taten im gewöhnlichen Sinne des Wortes, die größten christlichen Taten wurden und werden in den geheimsten Gründen der Seele vollbracht und sind nach außen hin höchstens durch leuchtende Augen sichtbar. Das Christentum ist Seelenereignis, das Evangelium vollbrachte keine Taten im gewöhnlichen Sinne des Wortes, die größten christlichen Taten wurden und werden in den geheimsten Gründen der Seele vollbracht und sind nach außen hin höchstens durch leuchtende Augen sichtbar.“

Man lese nur folgende Sätze: „Christus vollbrachte keine Taten im gewöhnlichen Sinne des Wortes, die größten christlichen Taten wurden und werden in den geheimsten Gründen der Seele vollbracht und sind nach außen hin höchstens durch leuchtende Augen sichtbar. Das Christentum ist Seelenereignis, das Evangelium vollbrachte keine Taten im gewöhnlichen Sinne des Wortes, die größten christlichen Taten wurden und werden in den geheimsten Gründen der Seele vollbracht und sind nach außen hin höchstens durch leuchtende Augen sichtbar.“

Diese Verhüllung des christlichen Gedankens klingt aus in eine Aufforderung an die Geistlichen, nicht immer gegen den Mammonismus zu Felde zu ziehen, sondern lieber auf das Innere des Menschen zu wirken; sie sollen bedenken, daß der Mammonismus, das Hängen am Besitz, nicht nur bei den Besitzenden, sondern auch bei den Besitzlosen zu finden ist. „Der Götzendienst des Mammons ist in allen Klassen gleichmäßig: der größte Millionär kann ein Christ sein ohne jede innere Beziehung zum Götze und der ärmste Proletarier kann ein Mammonsknecht ersten Ranges sein.“

Auch die moralische Empörung gegen den Kapitalismus verurteilt der Züricher Ethiker, da das soziale Übel nicht eine Folge des kapitalistischen Systems, sondern die unausbleibliche Begleiterscheinung der Produktionsverhältnisse sei. „Man lasse endlich das ewige Schmähen auf den Kapitalismus, dessen riesenhafte Tätigkeit in der Organisation des wirtschaftlichen Menschheitslebens doch auch ein Stolz der Menschheit ist. Und man höre auf, das ganze Elend, das die wirtschaftliche und technische Ausdehnung der abendländischen Menschheit leider im Gefolge gehabt hat, als eine Untat des Kapitalismus, als ein Ergebnis planvoll teuflischer Ausbeutung und Geldgier hinzustellen.“

Wahrlich, eine merkwürdige Sorte Christentum, die Herr Professor Förster antreibt, den Kapitalismus zu streicheln und dem Sozialismus Fußstapfen zu versehen! Wir werden dieses kapitalistische Christentum in einem Schlussartikel unter die Lupe nehmen.

Das moderne Problem in der Kunstindustrie.

Mit besonderem Hinblick auf das Schneidergewerbe.

Von Joseph Aug. Luy, Dresden.

Der Zweck als Inbegriff der praktischen Brauchbarkeit, die Sachlichkeit als Betonung der Schlichtheit der technischen Herstellungsmerkmale und Vermeidung stilistischer Unschönheiten, die Gediegenheit als die Anweisung auf anständiges Material und solide Ausführung, diese Forderungen haben mit dem Kunstwerk gar nichts zu tun. Es gibt kein „sachliches“ Kunstwerk. Die Qualität, die Technik und der Zweck sind Dinge, die nur ganz äußerlich mit dem Kunstwerk zusammenhängen und mit seiner besonderen Bestimmung nichts zu tun haben. Ein Künstler wird in jedem Material ein Kunstwerk hervorbringen, also auch im schlechtesten. Und was den Zweck betrifft, so steht fest, daß es nicht nach Zwecken, nicht nach Bedürfnissen, nicht auf ein Geheiß des Marktes und der Menge, sondern aus innerer Notwendigkeit entsteht, aus einer Notwendigkeit, die von niemand vorausgeföhlt wird und nur in der Natur des Künstlers besteht. Selbst was

die Technik betrifft, darin ihm jeder Handwerksmeister über sein kann, ist er nicht an die Tradition gebunden, und es macht für die Bedeutung des Kunstwerkes nichts aus, ob die Technik des Künstlers gut oder schlecht ist, alt oder neu, oder ob er sie selbst erfunden oder von anderen übernommen hat. Einzig von Belang ist die Stärke des künstlerischen Intellekts und die Ursprünglichkeit des Temperaments. Natürlich können auch im Kunsthandwerk Kunsthandwerke entstehen, sofern der Künstler tektonisch arbeitet, und aus seinen Händen können jederzeit Unika in Gold, Silber, Ton, Porzellan und anderen Materialien hervorgehen, die entweder als kostbare Goldschmiedearbeiten, keramische Kleinplastiken, handvergoldete Bucheinbände, eigenhändig geschnittene Medaillen u. a. m. einen ebenbürtigen Rang neben den hohen Werken der Malerei und der Plastik behaupten. Aber das sind Unika, die nicht nur durch die geistige Konzeption, sondern auch durch die persönlich interessante Handarbeit, in der sich die Merkmale des Temperaments ebenso offenbaren wie in den Pinselstrichen die persönliche Art des Malers, künstlerisch bestimmt sind. Sie können nicht en masse hergestellt, nicht in mechanisch glatter, maschinenhafter Ausführung vervielfältigt werden, sonst sinken sie zur Flauheit der Reproduktion herab, die selbst nicht mehr als das Kunstwerk gelten kann. Diese Unika sind auch nicht für das Publikum da, nicht für die Masse, nicht für die Industrie, sondern für den exklusiven Kenner und Kunstfreund. Solche Werke müssen hoch im Preise sein, und trotzdem enthalten sie darüber hinaus persönliche Werte, die gar nicht ziffernmäßig auszudrücken sind. Die persönliche Hingabe und Aufopferung, das Moment der Arbeitsfreude, von dem John Ruskin spricht, als dem unerlässlichen Kriterium des Kunstwertes, ist an ihnen, lauter Eigenschaften, mit denen sich die Kunstindustrie und folglich auch das Kunstgewerbe, das im kleineren Umfange heute ja dasselbe ist, nichts anzufangen wissen. Kunstindustrie ist ein Un Ding. Industriewerkstätten für Handwerkskunst gibt es nur dem Namen, nicht dem Wesen nach. Namentlich, was den hervorragenden Fabrikationszweig der Kunstindustrie betrifft, die Holzbearbeitung. Sie ist, von kleinen Eigenbrüdlern abgesehen, vollständig industrialisiert. Die Kunst beginnt ganz wo anders und verfolgt ganz andere Ziele. So ziemlich die entgegengesetzten.

Geschäft ist Geschäft. Für den Arbeitgeber so gut wie für den Arbeitnehmer. John Ruskin hat gut reden. Er hat das meisterliche Kunsthandwerk vor Augen, nicht die Industrie, nicht das Kunstgewerbe. Sein Evangelium von der Arbeitsfreude als einem Grundpfeiler der Qualität erstreckt bei den Industriearbeitern natürlich nur geringfügiges Lächeln. Ich möchte dieses Evangelium in der Praxis sehen! Und den Arbeiter, der von jener Freude erfüllt, statt einen Tag lieber hundert Tage an ein Stück wendet, um es im höchsten Sinne zu vollenden, wenn er überhaupt die Fähigkeit dazu besitzt! Fort damit! Hundert Stück an einem Tag, ist die Parole, nicht hundert Tage für ein Stück. Die Industrie, die für die Masse arbeitet, muß billig sein. Die Billigkeit ist durch den Kapitalismus bedingt. Neun Zehntel der Bevölkerung haben nur ein kleines Lohnemkommen, und die Industrie schafft für diese neun Zehntel der Bevölkerung. Die unklaren Ideologen, die die Grundfrage des Kunsthandwerkes auf Gewerbe und Industrie übertragen wissen wollen, erheben nur noch vor kurzem die Forderung der hohen Preise, weil angeblich billige und solche bedürftig sei. Das ist die reaktionärste Meinung, die in modernen Kunstgewerbe oder in der Industrie jemals geltend gemacht worden ist. Im Zeitalter der Industrie und des Kapitalismus ist der Fortschritt der Zivilisation in einem gewissen Sinne gleichbedeutend mit der Verbilligung, die eine Verallgemeinerung der Produkte herbeiführen soll. In der Tat ist der ganze Organisationsgeist, die technische Umwälzung, die Verbesserung der Herstellungsmerkmale, der Reichtum der Erfindungen nicht auf künstlerische Steigerung gerichtet (sie sind durchweg eine künstlerische Verminderung), sondern sie entspringen der industriellen und merkantilen Notwendigkeit der Verbilligung sowie der raschen Fabrikation. Die Qualitätsverbesserung folgt nicht etwa ethischen oder ästhetischen Antrieben, sondern sie entspringt vielmehr der kalten Erwägung, daß bei einem gewissen Tiefpunkt der Materialqualität sich entweder die Anlage- und Herstellungskosten oder die Arbeitspreise nicht mehr lohnen, oder daß das Surrogat selbst annähernd so teuer wird wie das echte Material. Auch die Konkurrenz spricht dabei mit. Wir können mit den ausgezeichneten amerikanischen Koffern nicht konkurrieren, wenn wir schlechtes Leder nehmen. Die ausgezeichnete Taschenerarbeit würde sich nicht mehr rentieren, wenn wir die Qualität so unterbieten. Es ist in der Feinzeugfabrikation, in der Schneidbranche und in vielen anderen Fabrikationszweigen, die nicht einmal zur Kunstindustrie gehören, ganz ähnlich der Fall. Was hier geschieht, ist nicht die Erfüllung einer sittlichen Forderung, sondern die Herstellung des Gleichgewichtsverhältnisses der bestimmenden realen Faktoren, die auf Masse und auf Großbetrieb drängen, und folglich auf Billigkeit. Denn sie ist die Fortschrittsstrebung trotz der Mehl- und Fleischsteuerung, die als Krankheit am Wirtschaftskörper empfunden werden muß. Und trotz der Lohnsteigerung, die als eine natürliche Folge steigender Kulturansprüche zu betrachten ist, die wieder nur der Industrie und der nationalen Arbeit zugute kommen. Können wir aber deshalb wünschen, daß die Tramwaykarten teurer würden, oder die Eisenbahntarife, oder die Theaterbillets, oder die Preise anständiger

Mietmöbel anständiger praktischer Möbelformen und sonstiger anständiger Gebrauchsgegenstände? Sind sie nicht schon teuer genug? Angenommen, daß die hirnlose Schwärmerei jener Ideologen in die Praxis umgesetzt werden könnte, was glücklicherweise ganz unwahrscheinlich ist, dann müßten die Hoffnungen auf eine fortschreitende Kultur des Volkes begraben werden, weil ein großer Teil dieser Dinge unerschwinglich bleiben würde. Abgesehen davon, daß die Industrie aus Erhaltungstrieb nicht mitmachen könnte. Das Problem nach dieser Seite besteht vielmehr darin, das heute noch unerschwingliche erschwinglich zu machen, zu dem leider noch ein großer Teil der gewöhnlichsten Dinge gehört, wenn man etwa an das sogenannte Arbeitermöbel, an die Arbeiterwohnung, an das Arbeiterhaus denkt.

Aber es ist nicht einmal gesagt, daß die sogenannte Kunstindustrie trotz dieser Tendenz wirklich billiger zu arbeiten imstande ist, als etwa in vieler Hinsicht es noch der Kleinmeisterbetrieb tun kann. Eine ganz alltägliche Erfahrung belehrt uns häufig, daß der kleine Tischler vom Land gute brauchbare Möbel billiger herstellt als die große Fabrik, die mit kolossalen Regien zu rechnen hat, mit Verkaufsstellen in den teuersten Großstadtstraßen, mit sehr kostspieligen Maschinenanlagen, mit den Riesenposten der Reklame und der Inserate, mit den hohen Gehältern ihrer Beamten, Agenten, ihres Ladenpersonals usw., gegen die sogar die Arbeitslöhne einen minimalen Bruchteil darstellen. Aber sie kann rasch und viel liefern und den Markt versorgen. Ihre Lieferfähigkeit ist ihr Vorsprung. Von der Masse und für die Masse lebend, muß sie dem Billigkeitsgebot gehorchen und ihre technischen und organisatorischen Verbesserungen solange fortsetzen, bis sie trotz der hohen Regiekosten die normale Preislage nicht überbietet. Das ist auch ein Grund, warum der Qualitätsidealismus hinsichtlich des Materials eine natürliche Beschränkung erleidet. In den Fabrikanlagen mit anorganischen Stoffen, wie der Metallverarbeitung ist der Großbetrieb der Steigerung der Materialqualität schon bei der Rohstoffgewinnung außerordentlich günstig. Ganz anders ist es in den Industrien, die mit organischen Stoffen arbeiten, wie die Holzverarbeitung, die in der Kunstindustrie die hervorragende Rolle spielt. Es ist bekannt, daß gutes gelagertes Holz für den enorm gesteigerten Bedarf der Möbelindustrie nicht mehr oder nur in Ausnahmefällen aufzubringen ist. Die beschleunigte Herstellungsweise, die auch von der Ungeduld des Bestellers und von der kurzatmigen Hast des Konsumierens gefordert wird, ist gerade im Möbelbau der Qualität des Produkts äußerst ungünstig. Alle künstlichen Mittel, die Zellenverfassung des Holzes für die Verarbeitung vorzubereiten, erwiesen sich bisher entweder als unzulänglich oder als unerschwinglich. Drei Jahre braucht das Holz unter günstigen Umständen Zeit, um für die Verarbeitung reif zu werden. Im Durchschnitt aber kommt das gefällte Holz schon im nächsten Jahre zur Verarbeitung. Wie groß die Sache des vergewaltigten Materials ist, weisen die Reparaturkosten aus. Die Qualitätsforderung hat also hier einen ganz bedenklichen Hafen.

Trotzdem. Der entscheidende Fortschritt in den Kulturfragen, soweit sie die sichtbare Gestaltung des Alltags betreffen, ist nur von der Industrie zu erwarten. Es hat keinen Zweck, mit jedem Banauus darüber zu debattieren, was gut und schlecht, künstlerisch und unkünstlerisch, geschmackvoll und geschmacklos ist. Einzig und allein die Industrie hat es in der Hand, das Weltbild mit einem Schlag zu ändern, den häßlichen Kram durch anständige Formen zu ersetzen. Die Vernunft des Professor Behrens ist mit dieser Beziehung als ein außerordentlich erfreuliches Symptom zu bezeichnen, das wahrscheinlich nicht als eine vereinzelt Erscheinung dastehen wird. Nicht um Kunst aus der Maschine zu erzeugen, sondern um die Forderung des guten Geschmacks durchzusetzen und zu verallgemeinern, verbindet sich die Industrie mit den Künstlern, und gerade mit den besten, aus naheliegenden Gründen. Schließlich wird auch das einfache Beleuchtungsobjekt nach den Entwürfen des Professor Behrens an sich kein Kunstwerk darstellen. So wenig, wie der einfache Afford aus dem komplizierten Wunderrbau einer Beethovenschen Sinfonie für sich allein betrachtet, ein Kunstwerk bedeutet. Denn aus solchen Affordelementen können auch Gassenhauer gebildet werden. Es kommt alles auf den Aufbau an. Ob wir möglicherweise darin die künstlerische Offenbarung erkennen dürfen, ist eine andere Frage, die mit dem typischen Industrieprodukt nichts zu tun hat.

Soziales.

Die Vernichtung des selbständigen gewerblichen Mittelstandes.

X. Als stärksten Trümpf gegen die sozialistische Gesellschaftskritik spielen die konservativ-merkantilen „Mittelstandspolitiker“ die Behauptung auf, die tatsächliche Entwicklung unserer Volkswirtschaft gehe anders vor sich wie die marxistische Theorie lehre. Es soll nun nicht bestritten werden, daß manche volkswirtschaftlichen Erscheinungen in den letzten Jahrzehnten nicht übereinstimmen mit den Voraussagen Marx-Engels in ihrem genialen kommunistischen Manifest. Aber das haben Engels sowohl wie Bernstein und Kautsky übereinstimmend anerkannt; nur in der graduellen Bewertung dieser Erscheinungen und ihrer Anwendung auf die politische Praxis bestehen unter den Sozialisten Meinungsverschiedenheiten. Daß jedoch Marx-Engels im großen und ganzen den Werdegang insbe-

sondere der gewerblichen Zustände richtig vorgezeichnet haben, wird wiederum bestätigt durch die in der Statistischen Korrespondenz publizierten Hauptergebnisse der gewerblichen Betriebsstatistik für Preußen vom 12. Juni 1907.

Die amtlichen Statistiker kommen zu dem Resultat, eine „Entwicklung der Gewerbe zum Großbetriebe“ sei unverkennbar. Von 1895 bis 1907 ist in Preußen die Zahl der Kleinbetriebe (d. h. Betriebe ohne Hilfs- personen oder Motore, also handwerksmäßige Klein- betriebe) von 951642 auf 784197 = um 17,60 Proz. zurückgegangen, während die Mitinhaber-, Ge- hilfen- und Motorenbetriebe von 791699 auf 1111300 gleich um 40,37 Proz. zunahmen! Wenn auch ein Teil der Kleinbetriebe sich durch Einstellung von Gehilfen oder Motoren in eine obere Betriebsklasse geschwungen hat, so kommen die amtlichen Statistiker doch zu dem Schlusse: „ein anderer Teil der Kleinbetriebe ist offenbar einge- gangen, was einen Rückgang des Klein- gewerbes im allgemeinen und, soweit das eigentliche Gewerbe in Betracht kommt, des Handwerks im besonderen bedeutet!“ Alle Versuche, durch zünftlerische Gesetze und Verord- nungen den Niedergang der selbstständigen Kleinhandwerker aufzuhalten, sind also fehlgeschlagen. Die „Mittelstands- politik“ haben den Untergehenden nur Hoffnungen er- weckt, die nicht in Erfüllung gehen konnten, weil sich die Entwicklung der Volkswirtschaft nicht durch Gesetzespara- graphen ihren Weg vorschreiben läßt.

In welchem Maße der selbständige Handwerkerstand unter die Räder der Großindustrie und des Großkapitals gekommen ist, zeigen folgende Zahlen. Es entfielen

	Personen	
auf die	1895	1907
Kleinbetriebe	951 642	784 197
Gehilfen- usw. Betriebe	4 924 441	7 684 716
zusammen	5 876 083	8 368 912

Von der riesigen gewerblichen Entwicklung innerhalb der genannten 12 Jahre hat das Kleinhandwerk nicht nur nichts profitiert, sondern es hat während dieser Zeit noch ungemein an Boden verloren. Die Gesamtbevölkerung Preußens hat sich von 1895—1907 um 19 Proz. vermehrt, die Zahl der gewerblich tätigen Personen nahm in derselben Periode um 42 Proz. zu; aber zugleich verminderte sich die Anzahl der handwerksmäßigen Kleinbetriebe um 17,6 Proz.! Wer angesichts dieser Ermittelungen den Handwerksmeistern noch vorspiegeln kann, unsere gewerb- liche Entwicklung dränge nicht zur kapitalistischen Kon- zentration, der ist entweder Ignorant oder Demagoge. (Dabei läßt die Zählung die Frage noch ganz unberück- sichtigt, wieviel einzelne Betriebe schon in einer Hand ver- einigt sind).

Auch der Trost ist schwach, wenn auch die Kleinbetriebe sich verminderten, so hätten sich doch die Kleinbetriebe, d. h. solche, in denen bis zu 5 Personen beschäftigt sind, vermehrt, und es seien solche Betriebe immer noch als handwerksmäßige zu bezeichnen. Demgegenüber stellt die amtliche Statistik fest, daß von 1895—1907 die Zunahme der „Hauptbetriebe“ und der darin beschäftigten Personen betrug

	Betriebe	Personen
bei den Betrieben bis 5 Personen	6,10	12,21
„ „ „ über 5 „	44,48	66,48

Wieder ein überwältigender Fortschritt der größeren gegenüber den Kleinbetrieben. Auch die Zunahme der Kleinbetriebe ist weit hinter dem Bevölkerungszuwachs zurückgeblieben, was einem Niedergang gleich zu achten ist. Andererseits zeigen die Hiesener Betriebe (mit über 500 Ar- beitern) einen Zuwachs der Betriebe um 70,4 Proz. und der beschäftigten Personen von 89,11 Proz. auf; hier ist demnach eine doppelt so starke Vermehrung der Arbeiter- schaft wie der Volksvermehrung eingetreten! Von 22 Ge- werbegruppen weisen 9 eine absolute Verringerung der Kleinbetriebe auf, am stärksten ist der Rückgang, mit 52,14 Prozent der Betriebe, in der Texti l i n d u s t r i e!

In der Textilindustrie hat sich der Untergang der Kleinbetriebe in einem ganz außerordentlich starken Maße vollzogen. 1907 gab es hier 62 Proz. weniger Klein- betriebe wie 1895! Die wirtschaftliche Ruinierung der, übrigens auch nur noch meistens dem Namen nach „selb- ständigen“ Handwerker hat sich rapide vollzogen. Aber auch sonst bietet die Textilindustrie ein unerfreuliches Bild. Während sich im allgemeinen die Zahl der gewerblich tätigen Personen 1895—1907 um 41,81 Proz. hob, betrug die Zunahme in der Textilindustrie nur 0,81 Proz. (von 441 885 auf 445 452); einer Verminderung der Klein- betriebe um 52,14 Proz. steht nur eine Vermehrung der größeren Betriebe von 12,36 Proz. gegenüber. Wo sonst sich absolut die Kleinbetriebe verringerten, so im Bau- gewerbe, in der Metallbearbeitung und in der Maschinen- industrie, da nahmen dafür die größeren Betriebe ent- sprechend zu. Man kann deshalb von einem allgemeinen Stillstand oder gar Rückgang der Textilindustrie sprechen, und wenn man sich vergegenwärtigt, wie gerade aus diesem Gewerbe sehr viele Klagen über üble Folgen der erhöhten Zölle in den neuen Handelsver- trägen kommen, dann darf mindestens angenommen werden, an der trüben Lage dieser Industrie sei der neue Zolltarif nicht unschuldig. Auch hier finden wir wieder eine sozialdemokratische Voraussage bestätigt. Im Verlauf der Zolltarifdebatte (1902) hielten die sozialdemokratischen Parlamentarier den Zollfreunden vor, sie gebärdeten sich sonst als „Freunde und Förderer des Mittelstandes“, der

neue Zolltarif würde aber gerade den wirtschaftlich Schwächeren die schlimmsten Wunden schlagen. Das ist eingetroffen. In der Textilindustrie, wo noch ungemein zahlreiche Kleingewerbetreibende ein freilich klägliches Dasein fristen, hat sich die Vernichtung des Mittelstandes außerordentlich stark vollzogen, und auch im allgemeinen ist dieser Erwerbszweig zurückgeblieben. So halfen die „Mittelstandspolitiker“ durch ihre vielgerühmte Wirtschafts- politik den Untergang des Handwerks und der Klein- betriebe beschleunigen, arbeiteten dem Großkapital in die Hände.

Daß das Großkapital als Revolutionär auftritt, geht klar hervor aus der Betriebszählung. Die weitaus stärkste Konzentration hat sich vollzogen im Handelsgewerbe und in der Gruppe Bergbau, Gütten und Salinen. Hier ist das Großbankkapital am aktivsten beteiligt. Sein Weg ist bedeckt mit den Trümmern des ruinierten Hand- werkerstandes und der vernichteten Kleinbetriebe.

Zentrierte „Sozialpolitik“. Im Herderschen Kon- versationslexikon, das in einem Zentrumsverlag erscheint und speziell für Zentrumsleute geschrieben ist, steht unter dem Stichwort „Wärmehallen“ zu lesen:

„Wärmehallen, Wärmestuben, geheizte Räume, die im Winter den Arbeitslosen und allen Armen ohne warmes Zimmer tagsüber offen stehen; leicht ausgenutzt von ar- beitslosen Wummlern.“ Auf Grund dieser Auskunft können Zentrums-Stadt- verordnete leichten Herzens die Errichtung von Wärme- hallen ablehnen.

Arbeitslosigkeit in München. Bei der am 29. Dezember vorgenommenen Arbeitslosenzählung, welche in der Weise vor sich ging, daß sich die Beschäftigungslosen, unter Aus- weis ihrer Papiere, in 20 Schullokale und auf dem Bureau des Gewerkschaftsbereins melden konnten, wurden 8062 Arbeitslose, davon 3689 verheiratet mit 6712 Kindern, 4373 ledige Arbeiter und 790 Arbeiterinnen gezählt. Organisiert waren von diesen 5383. Am Tage vorher war plötzlich Schneefall eingetreten, wodurch noch etwa 600 Ar- beiter erwünschte Beschäftigung bekamen. Da bekanntlich bei solch freiwilligen Arbeitslosenzählungen nicht alle sich eintragen lassen, so wird selbst von bürgerlichen Zeitungen die Zahl der Arbeitslosen in München auf annähernd 9000 geschätzt. Holzarbeiter sind rund 400 arbeitslos. Das übliche Weihnachtsgeschenk wurde von unserer Zahl- stelle am 24. Dezember an 484 arbeitslose und kranke Mit- glieder, das ist gleich 12 Proz. der Gesamtmitgliederzahl, verabsfolgt.

„Die Zeiten ändern sich — nicht.“ Unter dieser Stich- marke schreibt der „Grundstein“: Schon vor 200 Jahren machte ein Münchener Maurermeister folgendes Gedicht auf seine Gesellen, welches noch recht gut auf die heutigen Verhältnisse anzuwenden ist:

- Eine Stunde messen sie,
- Eine Stunde essen sie;
- Eine Stunde lauern sie,
- Eine Stunde mauern sie;
- Eine Stunde feiern sie,
- Eine Stunde leieren sie;
- Eine Stunde tragen sie,
- Eine Stunde schwätzen sie;
- Eine Stunde priesen sie,
- Eine Stunde niesen sie;
- Eine Stunde wird geraucht,
- So wird der ganze Tag verbraucht.

Mit obiger Einleitung veröffentlicht ein Schmierfink dieses Sprüchlein in einem bürgerlichen Blatt, ohne zu bedenken, wie er der Bau- und Maurermeister spottet. Also vor 200 Jahren haben die Maurermeister mit ihren Gesellen schon so unzufrieden, daß sogar der Regulus ge- schanden wurde, trotzdem das Handwerk noch einen goldenen Boden hatte, es keinen Zentralverband der Maurer, keine Sozialdemokratie, keine Heber und Aufwiegler gab, das Streiken mit schweren Verhassetrafen verbunden war. Da- mals wie heute wurden die Maurer als faule Kerle hingestellt, die sich ihren Lohn nicht verdienen und immer der brave Meister draufzahlt. Heute wie dazumal sucht man aus den Knochen der Gesellen so viel Mehrwert zu pressen wie nur möglich, um nebenbei der Öffentlichkeit einzurufen, daß nur die schlimmen Maurer durch ihre Faulheit schuldtragend sind, daß jedermann das Bauen fürchtet. Der Profit war und ist immer noch das Heiligste edler Meisterseelen. Ihre Denkungsweise ist noch immer dieselbe, damals wie heute sind sie entschiedene Gegner der Ver- kürzung der Arbeitszeit, trotzdem die Maurer nach obigem Erguß nur eine Stunde des Tages mauern. Die Zeiten haben sich bei ihnen nicht geändert.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antrags- gemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchent- lichen Lokalbeitrages erteilt, und zwar ab 1. Januar 1909: Düren 10 Pf.; ab 1. Februar: Zwickel 5 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist der 2. Wochenbeitrag für Monat Januar fällig geworden.

Aus dem Verbands ausgeschlossene wurden wegen Streikbruchs auf Antrag der Zahlstelle Bremen die Tischler Anton Kleinforge und Heinz Schindor; von Ludwigshafen der Tischler Georg Drehm; von Weissen der Hilfsarbeiter Franz Ludwig und der Tischler Artur Siebeneicher; von Wulsdorf die Korb- macher Paul Adamik, Heinrich Lange, Nifo- laus Stellies und Werner Stumper;

wegen Tarifbruchs auf Antrag von Berlin der Ber- golber Willi Driebe, der Tischler Franz Kisten- macher und Bodenleger Rudolf Meißner; von Hamburg der Tischler E. Koch;

wegen Unterschlagung auf Antrag von Stettin Tischler Otto Passube;

wegen Betruges auf Antrag von Berlin die Ein- seher Johann Abloff und Emil Gallier, die Tischler Heinrich Köppler und Franz Jelt; von Stettin der Tischler Emil Ermel;

wegen unkollegialen Verhaltens auf Antrag von Bremen der Tischler Mich. Hermann.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren ge- meldet und werden hierdurch für ungültig erklärt:

- 165340 August Möst, Tischler, geb. 31. 1. 80 zu Straßburg.
- 187769 Rudolf Döhling, Tischler, geb. 14. 10. 72 zu Leba.
- 278527 Otto Kolbe, Flaviaurbeiter, geb. 10. 8. 70 zu Gildeswagen.
- 302672 Karl Schmidtmeier, Tischler, geb. 15. 8. 86 zu Nutzd.
- 368584 Wilhelm Friebe, Tischler, geb. 20. 3. 53 zu Melle.
- 369736 Karl Rutsch, Tischler, geb. 29. 1. 81 zu Frank- furt a. O.
- 375811 Albert Brambacher, Tischler, geb. 10. 10. 75 zu Stodmatt.
- 422748 Karl Wagner, Tischler, geb. 7. 4. 76 zu Willbach.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Breslau. (Knopfmacher.) Das gewerkschaftliche Leben ist hier bei den Knopfarbeitern zurzeit etwas ein- geschlafen, insbesondere sind die weiblichen Mitglieder an Zahl zurückgegangen. Schon seit längerer Zeit läßt der Besuch unserer Versammlungen viel zu wünschen übrig. Es liegt dies hauptsächlich daran, daß einige Kollegen in- folge der letzten Lohnbewegung mißmutig geworden sind. Auch die Krisis mit ihren Folgen macht sich in unserem Gewerbe bemerkbar. Um so erfreulicher war der etwas bessere Besuch der am 10. Dezember stattgefundenen Sektionsversammlung, in welcher unser Verbandsbevoll- mächtigter, Kollege Zuerbit, einen Vortrag hielt. An die Stelle des gemafregelten Kollegen Preuß wurde zum Sektionsleiter Kollege Hannig gewählt.

Lahr i. B. Es ist gewiß kein Zeichen einer großen Begeisterung, wenn in unseren Versammlungen von 70 Kollegen nur 15 bis 20 erscheinen. Damit können wir den Unternehmern keinen Respekt einflößen. Kollegen, das muß anders werden; besucht unsere Versammlungen besser. Bei den langen Winterabenden habt Ihr ja besonders Gelegenheit dazu, und die Lokalverwaltung tut doch nämlich ihr Möglichstes, um dieselben so interessant als möglich zu machen. Unsere Generalversammlung findet am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 2 Uhr, auf der „Schanze“ statt, wozu sich hoffentlich die Kollegen zahl- reicher als gewöhnlich einfinden. — Auch die Krise macht sich hier unangenehm bemerkbar. Die Kollegen bei der Firma Ringwald arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit, und die Firma Schad u. Blank hat vor einigen Wochen neben der Arbeitszeitverkürzung eine nicht unbedeutende Redu- zierung der Affordlöhne in Kraft treten lassen. Da die dort beschäftigten Kollegen bis auf einen geringen Prozent- sark aus ihrer Organisation ausgetreten sind, so mußten sie sich dieses bieten lassen; sie haben so erfahren, daß, wer nicht hören will, fühlen muß. Hoffentlich ziehen sie die nötigen Lehren daraus und schließen sich wieder Mann für Mann dem Deutschen Holzarbeiterverband an, dann werden sie in Zukunft von solchen Überraschungen beza- schont bleiben.

Unsere Lohnbewegung.

In Swinemünde dauert die Aussperrung unverändert fort. Arbeitswillige sind bisher nicht zu verzeichnen. Die Herren Meister setzten wieder allerlei Gerüchte in die Welt, um die Reihen der Ausgesperrten zu erschüttern. Am zugkräftigsten scheint es ihnen zu sein, wenn sie sagen, vor Ostern würden keine von den Ausgesperrten eingestellt. Das zieht nun aber nicht, unsere Kollegen werden in dem ihnen aufgedrungenen Kampf Mann an Mann auch weiter- hin zusammenstehen, um den Schlag, den die Meister gegen die Organisation führen, abzuwehren. Wir bitten, den Bezug auch weiter streng fernzuhalten.

Ausland.

In Wien ist mit dem 31. Dezember v. J. bei den Tischlern und Maschinenarbeitern der im Jahre 1906 abgeschlossene Vertrag abgelaufen. Es wurde den ganzen Herbst schon gerüstet zu einem großen Kampfe, den die Unternehmer durch eine Aussperrung der Arbeiter beginnen wollten. Es scheint jedoch, daß sie sich die Sache im letzten Moment noch überlegt haben, da sie wahrscheinlich eine Niederlage wie im Jahre 1905 fürchteten. Es wurden daher im letzten Moment noch Unterhandlungen angebahnt. Demnach ist der Kampf vorläufig vertagt. Sollte eine Einigung bei den Unterhandlungen nicht erzielt werden, so steht ein harter Kampf bevor, denn es stehen sich zwei erprobte Streitkräfte gegenüber, die im Jahre 1905 einen 16wöchentlichen Kampf führten, aus welchem die Gehilfen als Sieger hervorgingen. Der Gedanke an das Jahr 1905 mag es auch bewirkt haben, daß trotz des Verdrohens, Pösseltreibens und Drohens der Weg der Unterhandlungen gesucht wurde. Um aber den eventuell noch kommenden Kampf der Tischler und Maschinenarbeiter in Wien nicht zu erschweren, wird es gut sein, wenn die Reisenden nicht nach Wien gehen, resp. Wien solange meiden, bis der Kampf entschieden ist.

In Budapest verlangt die Goldleistenfabrik Fischle eine Verlängerung der Arbeitszeit von 9 auf 9½ Stunden, weiter will sie für Ueberstunden nicht mehr den bisher üblichen Zuschlag von 50 Proz. bezahlen. Es wird dringend erjucht, Bezug nach dieser Firma fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Eine Konferenz der Korftarbeiter

fand am 28. Dezember im Sitzungssaal des Verbandsvorstandes in Berlin statt.

Nachdem von den Korftarbeiterkollegen aus mehreren Orten das Bedürfnis nach einer allgemeinen Besprechung über die Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse ihrer Branche befundet worden war, hat der Verbandsvorstand, diesen Anregungen folgend, die Einladung zu der Konferenz erlassen.

Betreten waren die meisten der für diesen Beruf hauptsächlich in Betracht kommenden Orte. Delegierte waren aus Bielefeld, Braunschweig, Breslau, Delmenhorst, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Magdeburg und Pafchau erschienen.

Zur Beratung standen folgende Punkte:

1. Die Lage in der Korftindustrie;
2. Bericht der Delegierten;
3. Agitation und Organisation, Errichtung einer Zentralkommission;
4. der Arbeitsnachweis.

Ueber die Lage in der Korftindustrie schilderte der Referent zunächst den Entwicklungsgang der Korftindustrie in Deutschland. Von Delmenhorst, wo dieser Industriezweig zuerst seine Wurzel geschlagen und wo derselbe sich zu hervorragender Bedeutung entwickelt habe, hat sich die Korftindustrie weiter in Deutschland verbreitet. Als Grund hierfür dürfte nicht in letzter Linie das Bestreben der Unternehmer, billige Arbeitskräfte zu finden, in Frage kommen. In Delmenhorst hat sich die Zahl der beschäftigten Korftarbeiter ganz erheblich verringert, wohingegen in Thüringen und im Erzgebirge neue Fabriken entstanden sind, denn hier ist noch der Boden für billige Arbeitskräfte und für die — Heimarbeit. Wohl wirkte die Einführung des Patentverschlusses sowie die immer bessere Verbollkommnung der Maschinen drückend auf die Löhne der Korftarbeiter, jedoch dieser allgemeinen technischen Entwicklung sollten sich die Kollegen nicht entgegenstellen, das sei ein nutzloser Kampf. Auch dürfen wir uns nicht auf die Wege der Schutzzöllner begeben, weil die Fabrikanten bei Forderungen seitens der Arbeiter ihre ablehnende Haltung vielfach mit dem Hinweis auf die Konkurrenz aus Spanien begründen. Machen sich doch die Fabrikanten in Deutschland eine viel schärfere Konkurrenz, welche in erheblichem Maße ihren Grund in der schrankenlosen Ausbeutung der Heimarbeiter hat. So finden wir in Thüringen, wo die Heimarbeit bisher vorherrschend war, noch eine Wochenarbeitszeit von 70 bis 90 Stunden vor; natürlich sind auch die Löhne dementsprechend niedrig. Als eine Ironie des Schicksals möchte man es bezeichnen, daß gerade in diesem Thüringer Heimarbeiter-Gleisbezirk, wo die Arbeiter der gewerkschaftlichen Organisation fast teilnahmslos gegenüberstehen und wo die berühmte „Weghüllichkeit“ der Arbeiter ein unbekanntes Ding ist, die Fabrikanten bereits dazu übergegangen sind, Fabriken zu errichten und die Heimarbeit so weit einzuschränken suchen, daß nur noch die Handarbeit für diese in Frage kommt. Aus Liebe zu den Arbeitern haben die Fabrikanten die Forderung allerdings nicht vorgenommen; o nein — sie können in den modern eingerichteten und mit den neuesten Maschinen ausgestatteten Fabriken vorteilhafter produzieren, noch mehr herauszubringen aus den billigen Arbeitskräften. Diese Korftkommission sind insofern glücklich, weil sie eine neue bestätigen, daß veraltete Produktionsformen auch durch endlose Schinderei bei Hungerlöhnen nicht dauernd aufrecht zu erhalten sind. Betreffend die Wertung von Altforsten sei es unter den Fabrikanten zu Differenzen gekommen und versucht worden, die Arbeiter in diesen Streit hineinzuziehen; wir haben gar keinen Anlaß, an den Konkurrenzstreitigkeiten der Unternehmer teilzunehmen; für uns kommt nur in Frage, daß auch für die Bearbeitung von Altforsten anständige Löhne gezahlt werden. Im allgemeinen müsse gesagt werden, daß die Kollegen nicht energisch genug für die Verbesserung ihrer Lage eingetreten sind. Unter Hinweis auf die Organisationen der Korftarbeiter vor dem Anschluß an den Holzarbeiterverband wird von einigen Kollegen bemerkt, daß die damaligen Machtmittel nicht ausgereicht hätten, einen ernsthaften Kampf mit den Unternehmern zu führen. Diesem Umstande sei es zuzuschreiben, daß sich auch jetzt noch bei den Korftarbeitern mehrfach ein ungenügendes Interesse für die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation vorfinde. Hier müsse die Agitation einsetzen, damit es den Kollegen vor Augen geführt werde, daß jetzt der Holzarbeiterverband mit seinen bedeutenden Mitteln hinter ihnen stehe; dies sei um so leichter, da auf die Tatsache hingewiesen werden könne, daß die Kollegen in den Orten, wo sie sich einheitlich im Holzarbeiterverband vereinigt haben, verhältnismäßig recht bedeutende Verbesserungen mit Hilfe des Verbandes erreichen konnten. Vieles ist noch zu tun, um die vielfach noch übermäßig lange Arbeitszeit zu verkürzen, die Löhne zu erhöhen und damit auch die Schuferei, welche in mehreren Orten nach Feierabend in der Fabrik zu Hause noch fortgesetzt wird, zu beseitigen. Doch wenn wir energisch und systematisch für die Aufklärung und Organisierung der Kollegen sorgen, dann wird es auch gelingen, unsere Lage zu einer menschenwürdigen zu gestalten.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen wurden die Berichte über die Verhältnisse in den einzelnen Orten gegeben, wobei sich herausstellte resp. bestätigt wurde, daß die unterschiedlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den

verschiedenen Orten in engster Verbindung stehen mit dem Stand der Organisation. Als eine Bestätigung, daß die Korftfabrikanten, die natürlich auch, und zwar einheitlich, organisiert sind, den Holzarbeiterverband als einen Machtfaktor kennen gelernt haben, muß es angesehen werden, daß dieselben beschlossen haben, Arbeitergesuche nicht mehr in der „Holzarbeiterzeitung“ zu inserieren.

Nachdem bei sehr eingehender Beratung über alle Punkte volle Einmütigkeit erzielt war, wurde beschlossen, zur Unterstützung des Verbandsvorstandes und der Gauborsteher bei der Agitation unter den Korftarbeitern eine „Zentralkommission der Korftarbeiter“, welche ihren Sitz in Hamburg haben soll, zu bilden. Der Kommission soll es auch obliegen, zur besseren Arbeitsvermittlung einen Zentralarbeitsnachweis zu unterhalten.

Durch Annahme von Resolutionen wurde noch befundet, daß die Einheitlichkeit der Organisation notwendig und der Holzarbeiterverband als die für die Korftarbeiter und -Arbeiterinnen allein in Betracht kommende Organisation anzusehen sei. Ferner, daß sich die Heimarbeit als ein Krebsgeschwür im Beruf erwiesen habe und zu bekämpfen sei. Weiter wurden die Aufgaben der Zentralkommission spezifiziert und festgelegt, daß in derselben ein Mitglied des Gauborstandes oder der Lokalverwaltung Sitz und Stimme haben soll.

Aufgabe aller Korftarbeiter ist es, die durch die Konferenz in Angriff genommene Arbeit energisch und kräftig zu fördern.

Eine Submissionsblüte. Das Reichskolonialamt erließ eine Ausschreibung betreffend die Lieferung von Möbeln für das Gouvernement Deutsch-Südwestafrika. Nicht weniger als 34 Firmen, darunter die bedeutendsten der Branche, reichten Angebote ein. Die Forderungen schwankten zwischen 28 023 bis 68 543 M. Die Differenz zwischen Höchst- und Mindestforderung beträgt 35 520 M., das macht 126 Proz. des Mindestangebotes aus.

Nach einige Submissionsblüten. Die Schreinerarbeiten für die Inneneinrichtung des Schwabinger Krankenhauses wurden vor einigen Wochen in Submission ausgeschrieben. Die Arbeiten waren in vier Lose eingeteilt. Nachstehende Firmen haben folgende Kostenanschläge eingereicht:

	Los I	Los II	Los III	Los IV
Möbelfabrik Ott	6620	5420	4864	1770
„ Bösenbacher	5628	8480	3990	1429
„ Neumann	5150	8520	4370	1180
„ Witt	4749	5646	6137	1969
„ Ritt	4544	4588	5180	1394
„ Braun	4890	4280	4560	1844
„ Ballin	4842	3996	4066	1570
„ Deutsche Werkstätte	4162	4600	4864	1772
„ Rehner & Schnell	8266	2944	2888	999
„ Weber, Augustenstr.	2974	2572	2812	1000

Den Zuschlag erhielten, wie die „Münch. Post“ dazu schreibt, für das 1. und 2. Los Herr Weber, für das 3. und 4. Los die Firma Rehner u. Schnell. Die Angebote der beiden Firmen haben bei den übrigen Submittenten bedenkliches Kopfschütteln erregt. Letztere erklärten, es sei vollkommen ausgeschlossen, zu diesen Preisen eine ordentliche Arbeit herzustellen oder es müßte der mit den Arbeitern abgeschlossene Tarif nicht eingehalten werden. Letztere läßt allerdings nicht zu. Der Tarif wird eingehalten, aber was Anstreben der Arbeiter anbelangt, so leistet die Firma Rehner u. Schnell das Wenstmögliche und ihre Fabrik gleicht deshalb einem Taubenschlag. Herr Weber war Mitglied der Lohnkommission der Arbeitgeber und einer von denen, die es zum Bruch mit der Gehilfenschaft kommen lassen wollten. Bei der Lohnbewegung nahmen die Herren den Mund gewaltig voll, schimpften über die Gehilfen, die mit ihren hohen Forderungen angeblich das Gewerbe ruinieren und die Meister an den Rand des Bankrotts bringen. Wer hier das Gewerbe zugrunde richtet, zeigen die vorstehend mitgeteilten Tatsachen. Es wäre deshalb bedeutend besser, die Herren würden sich innerhalb ihrer Organisation mit dieser Schmutzkonkurrenz beschäftigen und auf Abhilfe bringen als über die Gesellen zu schimpfen.

Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Der Geschäftsgang in den Sägewerken und Holzbearbeitenden Betrieben war, wie dem „Reichs-Arbeitsblatt“ aus Bommern und Bayern berichtet wird, im Monat November unbedeutend ungünstig. Nach dem Bericht aus Bayern sind die Preise für das Schnittmaterial und das Rundholz wesentlich zurückgegangen. In der Berliner Sägefabrikation zeigte sich vorübergehend eine kleine Besserung, dasselbe gilt für die Berliner Tafelfabrikation, in denen jedoch fast durchweg mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wurde. Die Berliner Möbel-fabrikation war nach wie vor unbefriedigend mit Arbeit versehen. Das laufende Publikum beschränkt sich bei seinen Bestellungen von Möbeln nur auf den notwendigsten Bedarf. Arbeitskräfte boten sich im Ueberflusse an. Im Berliner Lugschwagen- und Karosseriebau war, trotzdem der Eingang neuer Aufträge nicht aussetzte, keine besondere Belebung zu spüren. Da die Aufträge nur wenig lohnend sind, werden die Affordlöhne demgemäß eingerichtet. Was die Lage in der Spielwaren-fabrikation betrifft, so ging im Sonneberger Bezirk die Saison zu Ende; damit trat eine Verschlechterung ein, die Arbeitszeitverkürzungen mit sich brachte.

In der Waggonindustrie ist nach der „Münch. Volkszeitung“ noch leidlich gute Beschäftigung, doch sieht man dort den neuen Aufträgen der Staatsbahn mit Verlangen entgegen; diese sind jedoch um etwa ein Drittel kleiner als in den letzten Jahren; demgemäß ist auch die Beschäftigung der Fabriken schwächer.

Waggonfabrik-Aktiengesellschaft, vorm. P. Gerbrand u. Co., Köln-Grenfeld. Der Umsatz in 1907/08 stieg von 7,72 Millionen Mark auf 8,70 Millionen Mark; davon entfielen 8,55 Millionen Mark (im Vorjahre 7,59 Mill. Mark) auf 1678 (1657) verschiedene Fahrzeuge für Staats- und Privatbahnen und 144 893 M. (133 020 M.) auf verschiedene kleine Arbeiten. Einschließlich 60 254 M. (30 952 M.) Vortrag ergeben sich nach 141 059 M. (140 443 M.) Abschreibungen 759 791 M. (717 954 M.) Reingewinn, aus dem 50 000 M. (60 000 M.) dem Erneuerungsfonds überwiesen und 49 053 M. (47 700 M.) Dividenden sowie 15 Proz. Dividende bezahlt werden. Als Vortrag bleiben 99 837 M. Bei 3 Millionen Mark Aktienkapital und 404 000 M. (434 000 M.) Obligationenschuld stehen die gesamten Anlagen in 1,94 Millionen Mark (1,71 Millionen Mark) und die der Filialfabrik Saarweg mit 193 001 M. (208 001 M.) zu Buch. Die Vorräte an Rohholz, Rohstoffen und halbfertigen Waren sind mit insgesamt 2,68 Millionen Mark (3,01 Millionen Mark) bewertet. Die Debitoren schuldeten 1,16 Millionen Mark (1,15 Millionen Mark), während Kreditoren 0,93 Millionen Mark (1,10 Millionen Mark) zu fordern hatten. Bezüglich der Ausichten wird mitgeteilt, daß, wenn das Werk auch vorläufig noch in befriedigendem Maße mit Aufträgen versehen sei, doch mit Rücksicht auf die nicht unerhebliche Verminderung der Bestellungen seitens der preussischen Staatsbahnverwaltung mit einem Rückgang des Umsatzes gerechnet werden müsse; auch dürften die für das Erzeugnis geforderten Preisermäßigungen das Endergebnis beeinflussen.

Waggonfabrik-Aktiengesellschaft in Herdingen (Rhein). Nach dem Geschäftsbericht brachte das am 30. September verlossene Geschäftsjahr allen Werkstätten des Unternehmens gute Beschäftigung. Der Umsatz erreichte 5 765 568 M. Nach Abschreibungen von 173 617 M. (133 617 M.) verbleibt, einschließlich des vorjährigen Vortrages von 18 750 M. (13 550 M.) ein Reingewinn von 436 991 M. (374 434 M.), welcher wie folgt verwandt werden soll: 8842 M. zur Sonderrücklage, 10 090 M. für den Beamten- und Arbeiterunterstützungsbestand, 49 438 M. (43 169 M.) Gewinnanteile an Vorstand und Aufsichtsrat, 15 211 M. (14 014 M.) Belohnungen an Beamte, 300 000 M. = 12 Proz. Dividende (10 1/2 Proz. für 9 Monate = 14 Proz. für Jahr), 53 500 M. Vortrag auf neue Rechnung. Nicht unerhebliche Beträge zur Verbesserung von Betriebsanlagen und Anlagen werden dem Betriebe entnommen. Außerdem sind 301 117 M. für neue Anlagen aufgewendet worden. Der Bestand an Aufträgen bezifferte sich, einschließlich der seit dem 1. Oktober zur Ablieferung gebrachten Wagen, auf 3 809 527 M. Die Verkaufspreise haben zwar nicht unwesentlich herabgesetzt werden müssen; doch wird dies wenigstens zum größeren Teile durch die Verbilligung der Betriebsstoffe wieder ausgeglichen. Wenn auch die Staatsbahnverwaltung ihre Vergütung um ein Bedeutendes gegenüber den letztjährigen außergewöhnlich großen Anschaffungen eingeschränkt hat, so ist doch darauf zu rechnen, daß ihr Bedarf an Wagen nach wie vor groß ist und unter ein gewisses Maß nicht heruntergehen wird. Sodann ist es der Gesellschaft gelungen, auch bei Gemeinden und im Großgewerbe einen festen Kundenpreis zu gewinnen. Die Verwaltung kann daher den Aktionären auch für das laufende Geschäftsjahr eine befriedigende Dividende in Aussicht stellen.

Hannoverische Waggonfabrik, Aktiengesellschaft in Münden bei Hannover. Im Geschäftsbericht wird von der Verwaltung unter anderem nachstehendes ausgeführt: Unsere Werkstätten waren voll beschäftigt; wir erreichten in dem neun Monate umfassenden und am 30. September beendigten Rechnungsjahr, einschließlich der Nebenbetriebe in der Abteilung Holzbearbeitung, einen Umsatz von 3 600 115 M. (gegen 2 846 960 M. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres) und 4 014 425 im ganzen Geschäftsjahr 1907). Außer dem inneren Ausbau des Werkes hat wesentliche Fortschritte gemacht. Um die Verhältnisse zu einer einheitlichen Anlage zu vereinigen, sind noch beträchtliche Geldmittel aufzuwenden; namentlich kommt der Erwerb wertvoller Grundstücke, Erbauung neuer Arbeitsräume und die Anlage von Anschlußgleisen in Betracht. Die Verwaltung hat durch entsprechende Bemessung des Gewinnvortrages diesen Verhältnissen Rechnung getragen. Bemerkenswerten Aufschwung hat die Abteilung Maschinenfabrik zu verzeichnen.

Die vorliegenden und in Aussicht stehenden Bestellungen gewähren unseren Werkstätten ausreichende Beschäftigung auch für das laufende Geschäftsjahr. Unter diesen Umständen glauben wir, regelmäßige Betriebsverhältnisse vorausgesetzt, für das Jahr 1908/1909 ebenfalls ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen zu können. Der Roh-Neherschuß beträgt 761 375 M. Nach der Deckung der Unkosten, Zinsen und Abschreibungen verbleibt, einschließlich des Vortrages von 125 551 M. (im Vorjahre 58 779 M. Verlustvortrag), ein Gewinn von 452 243 M. (317 504 M.), dessen Verwertung wie folgt vorgeschlagen wird: Zur Rücklage 16 335 M. (15 875 M.), Gewinnanteile an Vorstand und Beamte 38 795 M. (37 703 M.), bezugleich an den Aufsichtsrat 17 885 M. (17 274 M.), 10 Proz. Dividende = 120 000 M. (im Vorjahre für zwölf Monate die gleiche Dividende), Vortrag auf neue Rechnung 259 229 M.

Sägehorn u. Co., Cellulose- und Pappfabrik Aktiengesellschaft, Osnabrück. Im zweiten Geschäftsjahre 1907/08 der Gesellschaft werden von dem Bruttogewinn von 164 723 M. für Abschreibungen und Rückstellungen 91 800 M. (87 209 M.) und für Lantienmen 2403 M. (7878 M.) verwandt und 6 Proz. (im Vorjahre 9 Proz.) Dividende mit 60 000 M. (90 000 M.) verteilt, so daß 10 450 M. Vortrag verbleiben. Die Ausichten für das laufende Geschäftsjahr wurden seitens des Vorstandes als günstiger bezeichnet. In den bereits abgelaufenen Monaten des neuen Geschäftsjahres war der Eingang an Aufträgen besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Weitere Vorteile verspricht man sich von der in Kürze erfolgenden Betriebsaufnahme in der neu erbauten Nitrocellulosefabrik in Schepdorf.

Gewerkschaftliches.

Die Demokratie in den Gewerkschaften.

Seit der Tagung von Köln ist es in gewissen Kreisen Sitte geworden, Gegensätze zwischen den Leitern der Gewerkschaften und deren Mitgliedern zu konstruieren und die Ursache dieser Gegensätzlichkeit in der „gehobenen Lebensstellung“ der Gewerkschaftsbeamten zu finden. Neuerdings ist nun etwas Abwechslung in diese Methode gekommen. In einer Zeitschrift, die auf ihren streng wissenschaftlichen Charakter außerordentlichen Wert legt, wird haarscharf, ökonomisch-historisch nachgewiesen, daß zwar nicht die bessere Bezahlung der in den Gewerkschaften Angestellten die Ursache der Gegensätze sei, da dieselbe nur in der Einbildung bestehe, in Wirklichkeit aber nicht vorhanden sei, sondern der Mangel seiner Existenzunsicherheit bringe den Gewerkschaftsangehörigen in den Gegensatz zu den Mitgliedern. Nun liegt ja in der Betonung der Gegensätze zwischen Leitung und Mitgliedern der Gewerkschaften eine starke Dosis Uebertreibung und vollends die Begründung dieser Gegensätzlichkeit ist zu albern, daß es sich verlohne, ernstlich dagegen zu polemisieren. Aber das berühmte Körnchen Wahrheit ließe sich schließlich auch hier herauskochen. Zwar sind Vorkommnisse wie beim Niederstreik in Stettin und neuerdings beim Streik im Strebelwerk in Mannheim, wo die Leiter der gewerkschaftlichen Organisationen sich in offenem Gegensatz zu der beteiligten Arbeiterschaft setzten, glücklicherweise nur selten, aber manch einer der Führer unserer Gewerkschaften hat doch schon die Bretter bestiegen und dabei die Erfahrung machen müssen, daß zwischen ihm und den Mitgliedern seines Verbandes über die Fortführung eines Kampfes doch recht unterschiedliche Ansichten vorhanden waren. Wenn es schließlich auch gelang, die Mehrheit seiner Zuhörer von der Richtigkeit seiner Ansicht zu überzeugen, so blieb oft doch ein unangenehmer Eindruck zurück, der in der Bezeichnung „Bremser“ für die Leiter der Gewerkschaften seinen Niederschlag fand. Untersuchen wir deshalb einmal, ob und inwieweit tatsächlich Gegensätze vorhanden sind, ergründen wir event. deren Ursachen, prüfen wir, ob die Grundsätze der Demokratie in den Gewerkschaften verletzt werden.

Die Vorstände der Gewerkschaften werden auf den in der Regel in zweijährigen Zwischenräumen einberufenen Verbandstagen von aus allgemeiner und geheimer Wahl hervorgegangenen Delegierten gewählt. Dies durch tausenderlei Zufälle beeinflusste Wahlverfahren illustriert allein die angebliche Sicherheit der Existenz der Gewerkschaftsführer. Ist es nun etwa gewerkschaftlicher Staatsreich, wenn die so gewählte Leitung eines Verbandes, sagen wir A, das die Mittel der Gesamtorganisation in aussichtslosem Kampfe aufbraucht, gegen den Willen der Beteiligten erklärt, der Kampf sei einzustellen? Man braucht die Frage nur zu stellen, um deren ganze Unsinngigkeit darzulegen. Und doch müßte sie bejaht werden, wenn die einzelnen Glieder eines gewerkschaftlichen Verbandes allein über Fortführung und Beendigung eines Kampfes zu entscheiden hätten, wenn die einzelne Zahlstelle entscheiden sollte, in welchem Umfange die Gesamtorganisation die Mittel zur Fortführung zu stellen hätte.

Selbst wenn bei der jetzigen Praxis, die den Zentralleitungen das entscheidende Wort läßt, die Demokratie zu kurz käme — wir sagen wenn —, so sind schließlich unsere Gewerkschaften doch nicht gegründet, um Schulbeispiele für demokratische Organisationsrichtungen abzugeben. Nein, sie sind Kampforganisationen, bestimmt, bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Da muß die Kampfstatistik die Organisationsform und deren Einrichtungen bestimmen.

Züher, als unsere Gewerkschaften noch in den Kinderschuhen standen, noch mit den Kinderkrankheiten behaftet waren, als die Kollegenschaft des Ortes, die in einen Kampf gehen wollte, auch selbst für die Aufbringung der Kampfmittel sorgen mußte, als das Schwimmen mit dem Klingelbeutel die Haupttätigkeit der Streikleitung war, da konnte man den Kollegen am Streiforte die Entscheidung über die Fortführung des Kampfes ganz ruhig allein überlassen. Um so mehr, als der übrigen Kollegenschaft das Recht der Korrektur insofern zustand, als diese nur die Aufbringung der Mittel einzustellen brauchte, wenn ihr Interesse am Kampf erloschen war. Die Zahl der Fälle ist natürlich nicht gering, in denen während dieses „Idealzustandes“ der Kampf wegen Mangel an Mitteln abgebrochen werden mußte. Eine Erscheinung, die Gott sei Dank, wenigstens für die Holzindustrie, der Vergangenheit angehört. Die so erzielten Erfolge nötigten recht bald zu einer Aenderung. Es wurde die Bestimmung getroffen, daß Orte, die in eine Lohnbewegung treten wollten, ihr Streifgesuch der gesamten Kollegenschaft im Verbands unterbreiten mußten. Es ist noch nicht allzulange her, daß zu Anfang des Jahres in allen Zahlstellen unseres Verbandes über alle für das laufende Jahr in Aussicht genommenen Lohnbewegungen abgestimmt wurde. — Der erste Schritt auf der abschüssigen Bahn der Aufgabe des Selbstbestimmungsrechtes der Zahlstellen. — Später wurde wegen der offensichtlichen Mängel dieses Verfahrens einer Kommission diese Abstimmung übertragen.

So ging es Schritt um Schritt, bis unser heutiges Streikreglement dem Vorstandes des Verbandes das Genehmigungsrecht in die Hand legte, ihn zum obersten Streikleiter machte und ihm somit die Befugnis zuerkannte, allein über Führung und Beendigung eines Kampfes zu bestimmen. Das ist soweit ausgedehnt, daß die Aufsichtsstanz für die übrige Tätigkeit des Vorstandes, der Ausschluß, für Streitangelegenheiten ausgeschaltet wurde. Nein,

formal betrachtet, hat also nur der Verbandsvorstand über Streiks zu bestimmen, wenn er auch aus praktischen Gründen möglichst wenig von diesem Rechte Gebrauch machen wird.

All das hat nun nicht etwa die Herrschsucht des Vorstandes verschuldet. Nein, die bittere Notwendigkeit zwang den Verband, eine Instanz zu schaffen, die System und Planmäßigkeit in die Lohnbewegungen zu bringen vermochte, die erforderlichenfalls den einen sagen konnte: „Ihr müßt jetzt warten, bis die anderen durch sind.“ Und den anderen zu sagen das Recht hätte, daß es Zeit zum Einstellen des Kampfes sei, daß sie nicht allein die Mittel der Gesamtheit verbrauchen dürfen. Daß dergleichen unliebsam von den Betroffenen empfunden wird, liegt in der Natur der Dinge, wird aber trotzdem als berechtigt anerkannt werden müssen.

Noch mehr trat die Notwendigkeit der einheitlichen, planmäßigen Leitung der Lohnbewegungen mit dem Entstehen und dem Ausbau der Arbeitgeberorganisationen hervor. Entstand damit doch die Gefahr, daß ein Konflikt an einem Orte Konsequenzen für eine ganze Anzahl anderer Orte nach sich zog. Schon das allein bedingte, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden von der örtlichen Instanz auf eine auf höherer Warte stehende, den Interessenkreis der Gesamtorganisation überschauende Instanz übertragen wurde. Wer wollte heute, im Angesicht des kommenden Reichstags, die Notwendigkeit zentraler Instanzen zur Wahrnehmung der Interessen der Gesamtkollegenschaft bestreiten? In sich sind wir schon den Arbeitgeberorganisationen gegenüber darin im Nachteil, daß wir der großen Zahl der beteiligten Kollegen wegen gezwungen sind, all unsere Operationen in breiter Öffentlichkeit vorzubereiten und durchzuführen. Die Arbeitgeber brauchen das nicht. Dort besorgt das Telephon und die vertrauliche Aussprache, was bei uns die Mitglieder oder gar die öffentliche Versammlung erfüllen muß. Das ist ein beträchtlicher Vorteil für die Arbeitgeber, der bisher nur durch Aufbietung ganz erheblicher Machtmittel ausgeglichen werden konnte. Es wäre aber doch unendlich töricht, diesen Zustand ohne Not zu bergwöhnen; er muß im Gegenteil eingeschränkt werden, und das ist nur möglich, indem der Schwerpunkt der Verhandlungen aus der Mitgliederversammlung in das Beratungszimmer verlegt wird.

Was verschuldet nun, daß diese doch eigentlich ganz selbstverständlichen Dinge auf so geringes Verständnis bei einem Teile unserer Kollegen stoßen? In der Hauptsache der konservative Charakter unserer Kollegenschaft, die Scheu, sich mit Neuerungen zu befassen, der Hang zum Alten, Hergebrachten, die Bequemlichkeit, sich von den Pfaffen aus den Zeiten der Kinderkrankheiten der Arbeiterbewegung zu befreien. Das muß nämlich festgestellt werden, daß bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen Gewerkschaftsführern und Mitgliedern die ersteren das bewährliche, fortschreitende, das eigentlich radikale Element darstellen, während ein Teil der Mitglieder sich mit Argumentationen, wir möchten fast sagen aus Großvaters Zeiten, abfindet. Soll die Uebereinstimmung aller herbeigeführt werden, so muß hier eingeseht werden. Los von der Phrase! sei die Parole. Unsere Kollegen müssen sich eingeben mit dem tatsächlichen Stande der Dinge beschäftigen, fleißig im Verbands mitarbeiten, die Grenzen der Möglichkeit gewerkschaftlicher Erfolge werden ihnen dann von selbst in Erscheinung treten. Wie steht es denn heute mit der Mitarbeit gerade des Teiles der Kollegen, der immer am meisten an der Tätigkeit der Führerschaft auszuweisen ist? Wie oft haben einmal kommen die Kollegen zur Versammlung, und finden sie sich dann bei wichtigen Anlässen einmal ein und werden vor einer schweren Entscheidung gestellt, dann fehlt ihnen das Augenmaß für das Mögliche und Erreichbare. Eine Enttäuschung ist die Folge und Mißmut und Verbissenheit stellen sich ein. Darin und nur darin ist die Ursache vieler Unstimmigkeiten zu suchen. Die Gefahr erkannt zu haben, genügt, um ihre zu begegnen. Sorgen wir für fleißiges Zusammenarbeiten aller Glieder unserer Gewerkschaftsorganisationen in denselben, und die zutage getretenen Uebelstände werden von selbst verschwinden.

Der Streik in den Strebelwerken in Mannheim.

Seit September vergangenen Jahres befanden sich die Metallarbeiter des Strebelwerkes in Mannheim in einem Streik zwecks Abwehr angelegener Lohnreduzierungen. Um eine Entscheidung herbeizuführen, wurde von den Metallindustriellen Anfang Dezember bekanntgegeben, daß am 1. Januar sämtliche Fabriken der Metallindustrie in Mannheim, Ludwigshafen und Frankenthal geschlossen würden, wodurch etwa 20.000 Arbeiter aufs Pflaster gesetzt worden wären. Nunmehr griff der Oberbürgermeister von Mannheim ein und unter seiner Leitung fanden Verhandlungen statt, bei welchen von der Fabrikleitung nicht unwesentliche Zugeständnisse gemacht wurden. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde von den Streikenden nicht als befriedigend angesehen und in einer am 17. Dezember abgehaltenen Versammlung mit 387 gegen 31 Stimmen die Fortführung des Streiks beschlossen. Eine Aussprache, die der Oberbürgermeister Martin am 19. Dezember mit den Vertrauensleuten der Streikenden und einer Anzahl von Vertrauensmännern aus anderen Betrieben hatte, führte zu keinem Ergebnis. Die Streikenden waren von einem unbesiegbaren Mißtrauen gegen die Zusicherungen der Firma besetzt, welches hauptsächlich darauf begründet war, daß bei dem vor einiger Zeit stattgehabten Streik bei der Firma Brown, Boveri u. Co. die den Streikenden vor der Arbeitsaufnahme gemachten Zusicherungen nicht gehalten worden waren. Dieses Mißtrauen übertrug sich auch auf die Verbandsfunktionäre, die dringend zur Annahme der gestellten Bedingungen riefen. Die Streikenden standen, wie aus den Berichten hervor-

geht, vollständig unter dem Einfluß der Anarcho-Sozialisten. Nachdem am 21. Dezember eine Sitzung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes unter Teilnahme der Geschäftsführer und Bevollmächtigten der drei in Frage kommenden Zahlstellen stattgefunden hatte, in welcher völlige Uebereinstimmung über die Notwendigkeit des Abbruchs des Kampfes herrschte, fand am 23. Dezember erneut eine Versammlung der Streikenden statt, aber auch hier wurden die Einigungsbedingungen mit 467 gegen 48 Stimmen verworfen. Nunmehr erklärte der Vertreter des Verbandsvorstandes, Massatsch, daß der Vorstand beschließen habe, den Streik für beendet zu erklären. Diese Erklärung rief erklärlicherweise große Entrüstung hervor und es kam zu höchst turbulenten Szenen.

Inzwischen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden und es ist zu hoffen, daß bald wieder Beruhigung eintritt. So betrübend das Verhalten der Streikenden auch war, welches einen solchen Abbruch des Kampfes notwendig machte, so kann doch bei keinem objektiven Beobachter ein Zweifel darüber bestehen, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes angesichts des drohenden Niesenkampfes, der notwendig mit einer Niederlage hätte endigen müssen, nicht anders handeln konnte. Immerhin können wir nur dringend wünschen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung von der Wiederholung solcher Vorgänge verschont bleiben möchte.

Der Formstecherverband hat sich am 1. Januar dem Verband der Lithographen, Steindrucker usw. angeschlossen.

Im Maurerverband werden in diesem Jahre an 12 Stichtagen Arbeitslosenzählungen vorgenommen und zwar am 30. Januar, 27. Februar, 27. März, 24. April 29. Mai, 26. Juni, 31. Juli, 28. August, 25. September, 30. Oktober, 27. November und 24. Dezember. Die Zählung der Arbeitslosen ist durch Umfrage in der Wohnung der Mitglieder vorzunehmen, sie kann am Abend des Stichtages beginnen und muß innerhalb dreier Tage nach dem Stichtage beendet sein.

Im Schneiderverband wird demnächst eine Urabstimmung über die Frage der Einführung der Arbeitslosenbegn. Erwerbslosenunterstützung vorgenommen. Es handelt sich dabei um folgenden Antrag, der auf dem letzten Verbandstag der Schneider angenommen wurde: „Das gesamte Material und die Vorlage des Vorstandes, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung betreffend, wird den Mitgliedern zur Beratung und Urabstimmung unterbreitet. Den Mitgliedschaften wird zur Pflicht gemacht, in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1909 zu dieser Frage Stellung zu nehmen, damit die Urabstimmung am 1. April 1909 ihren Abschluß finden kann. Das Resultat derselben ist dem Vorstand mitzuteilen.“ Der nächste Verbandstag, der 1910 in Hamburg stattfindet, soll erst bestimmen, wann die Vorlage, wenn sie durch die Urabstimmung beschlossen wird, in Kraft treten soll.

Im Transportarbeiterverband wird auf Beschluß des Verbandsvorstandes und Ausschusses den ausgesteuerten arbeitslosen Mitgliedern eine Zusatzunterstützung auf die Dauer von 4 Wochen gewährt. Der Beschluß, welcher mit Rücksicht auf die gegenwärtig vorhandene große Arbeitslosigkeit gefaßt ist, gilt für die Zeit vom 3. Januar bis zum 3. April.

Der „Werkruf für Eisenbahner“ erscheint vom 1. Januar an in Berlin.

Generalstreik in Budapest. Der letzte Tag des vorigen Jahres fand die Hauptstadt Ungarns im Zeichen des Generalstreiks, der zum Teil politische, zum Teil gewerkschaftliche Ursachen hatte. Die ungarische Regierung wird demnächst dem Parlament einen Wahlrechtsentwurf vorlegen, der aber weder den von ihr gegebenen Versprechungen noch den Forderungen der Arbeiter gerecht wird. Um den Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Vorenthaltung der politischen Rechte von vornherein zu brechen, ist die Regierung auf die schlaue Idee verfallen, zunächst mit den Gewerkschaften aufzuräumen, so daß es den Arbeitern an der Zentrale für ihre Aktion fehlt. So wurde vor kurzem der Verband der Eisenbahner aufgelöst, dann kam die Organisation der Kaffeeföcher an die Reihe und am 20. Dezember wurden die stärksten Gewerkschaften des Landes, der Verband der Metallarbeiter und die Tischlersektion des Holzarbeiterverbandes suspendiert. Diese Maßnahme schlug aber dem Faß den Boden aus. Am folgenden Tage schon traten die Vertrauensmänner der Organisationen zusammen und beschloßen einstimmig einen allfälligen Generalstreik, der prompt durchgeführt wurde. Da sich auch die Buchdrucker an dem Streik beteiligten, konnten keine Zeitungen erscheinen, welchen Umstand die offiziellen Nachrichtenbüros dazu ausnützten, der Welt mitzuteilen, daß der Streik verbracht sei. In Wirklichkeit war jedoch der eintägige Generalstreik eine gewaltige Demonstration, die auch ihre Wirkung nicht verfehlte. Der Minister hat bereits angeordnet, daß die „aufgehobenen“ Gewerkschaften die Unterführungen an ihre Mitglieder weiter auszulassen dürfen. Am Nachmittag des 31. Dezember fanden in den größten Lokalen 10 überfüllte Versammlungen statt, in welchen unter dem lebhaften Beifall der Zuhörer darauf hingewiesen wurde, daß dieser eintägige Streik nur die Einleitung zu den bevorstehenden Kämpfen ist. Das neue Jahr verspricht also lebhaftere Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Arbeiterschaft in Ungarn. Hoffentlich lassen sich die Machthaber durch den so deutlich zum Ausdruck gebrachten Willen der Arbeiterschaft warnen und spannen den Bogen nicht zu straff.

Technisches.

Vom „Nachblatt für Holzarbeiter“, der vom Deutschen Holzarbeiterverband herausgegebenen Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift, liegt das Dezemberheft vor. Es enthält unter anderem eine Würdigung der beiden Ausstellungen in München und Darmstadt aus der Feder Robert Breuers. Dann den Schluß des Luzifer Artikels „Zehn Jahre Kunstunterricht“ und des Artikels Fritz Ottos über die Fahrtraber und ihre Konstruktion (mit 18 Abbildungen). Ferner Verhandlungen Otto Winklers über die Werkzeugführung (mit 10 Ab-

Bildungen) und Fr. Sammlers über den Bücher-
schrank. Das Heft enthält Abbildungen von Arbeiter-
Bruno Pauls, Richard Niemeyschmids,
Walbert Niemeysers, G. Berndis, Paul
Wohlfahrts u. a.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint am 15.
jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen
Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen
Holzarbeiterverbandes zu abonnieren sowie beim Verlag,
Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Das erste Heft im neuen Jahre erscheint schon am
15. Januar. Es ist deshalb hohe Zeit für die Kollegen,
das Abonnementgeld für das erste Quartal jetzt schon zu
entrichten, damit ihnen das Fachblatt rechtzeitig zugestellt
werden kann.

Von den kompletten Jahrgängen 1908 und 1907 können
noch mehrere Exemplare vom Verlag bezogen werden, und
zwar zum Preise von 4 Mk. für den ungebundenen, 5,50
resp. 5,00 Mk. für den gebundenen Jahr-
gang und gegen Voreinsendung des Be-
trages.

Für die beiden letzten Jahrgänge hat der Verlag eine
geschmackvolle Einbanddecke (entworfen von
dem Kunstmalers Felix Hollenberg in Stuttgart) herstellen
lassen, die gegen Voreinsendung von 1 Mk.
portofrei bezogen werden kann vom Verlag des
„Fachblattes für Holzarbeiter“, Berlin C. 2, Neue Friedrich-
straße 2.

Eingefandt.

Tariffkommission der deutschen Partikler.

Anfang Januar wurde ein Rundschreiben an alle
Zahlstellen versendet, wo bereits Sektionen der Partikel-
leger vorhanden sind, ebenso an solche Orte und Zahlstellen,
in denen vermutlich eine Anzahl Partikler beschäftigt
sein könnten. Sollte hierbei irgendein Ort übersehen
worden sein, so ersuchen wir um Nachricht.

Im übrigen verweisen wir auf das Schreiben selbst
und bitten um tatkräftige Mitarbeit bei den Bestrebungen
der Kommission.

München, im Januar 1909.

J. A. Hans Ostermann,
Humboldtstr. 40, I.

Literarisches.

Der gelbe Sumpf. Ein Blick hinter die Kulissen der
gelben Arbeitervereine durch Einsichtnahme in einige
Lebensepisteln, 32 Seiten. Preis 10 Pf. Stuttgart 1908.
Druck und Verlag von Alexander Schilde u. Co.

Arthur Stadthagen. Die Novelle zur Gewerbeordnung
von 1908. Stuttgart. Verlag von J. S. W. Diez Nachf.
Preis 20 Pfennig.

In der vorliegenden Broschüre findet der Leser die Be-
stimmungen der Berner Uebereinkunft, den Schutz gewerb-
licher Arbeiterinnen betreffend, ferner die Novelle zur Ge-
werbeordnung nebst Einführung und Anmerkungen, sowie
den Text der Novelle in einer Gegenüberstellung der alten
mit der neuen Fassung, wie sie vom Reichstag am 9. De-
zember beschlossen worden ist.

Diese Ausgabe ist für alle Interessenten unentbehrlich
und für die Besitzer des „Arbeiterrechts“ wird sie eine will-
kommene Ergänzung bilden.

„In Freien Stunden“. Von dieser illustrierten
Romanbibliothek in Wochenheften, welche durch den Ab-
druck guter Romane, Novellen, Humoresken, Skizzen usw.
einen erfolgreichen Kampf gegen die Schundliteratur ufst.
sind die letzten Hefte des laufenden Jahrganges erschienen.
Mit Heft 52 nimmt der so außerordentlichen Interesse auf-
genommene Roman „Der Saubud“ von Bucura Dumbrava
sein Ende. Am 1. Januar beginnt ein neuer Roman:
„Anilwort“ des hervorragenden schottischen Er-
zählers Scott, der, wie wir hoffen, ebenfalls allgemeinen
Beifall finden wird. Aber auch die nebenher zum Abdruck

gelangende Erzählung „Kummerjahre“, welche die Leiden
einer Mutter — der während der russischen Revolution
die Söhne verhaftet werden — schildert, wird durch ihren
ergreifenden Inhalt und durch ihre anschauliche Darstellung
sicher mit größter Spannung gelesen werden. Wir raten
allen, die noch nicht Leser der Freien Stunden sind, die
sich jetzt bietende Gelegenheit zum Abonnement zu be-
nutzen, um so mehr, als der Preis außerordentlich be-
scheidene ist. Jede Woche erscheint ein 24 Seiten starkes
Heft von Künstlerhand illustriert zum Preise von 10 Pf.
Bestellungen nehmen alle Parteispeditionen, Zeitungsaus-
träger und Kolporteurs entgegen. Wer „In Freien
Stunden“ noch nicht kennt, verlange ein Probeheft vom
Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin
SW. 68

Briefkasten.

Mit der heutigen Nummer versenden wir das Inhalts-
verzeichnis der „Holzarbeiter-Zeitung“ für den Jahrgang
1908. Sollte die übersandte Zahl nicht ausreichen, so bitten
wir um Nachbestellung.



Jede Zahlstellenverwaltung
sollte mindestens ein Exemplar des Fachblatt für
Holzarbeiter für die Zahlstellenbibliothek abonnieren.
Das Fachblatt für Holzarbeiter bringt reichhaltige
und gebiegene — künstlerische, textliche und zeichnerische
— Publikationen und kostet bei Bezug durch die
Lokalverwaltung nur 1 Mark pro Vierteljahr.

Anzeigen.

Silber. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahl-
stelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Stell-
macher, Parkettmacher und Korbmacher befindet sich
Beberstraße 3. Die Kollegen werden ersucht, diesen
Arbeitsnachweis zu benutzen. Umschauen ist streng
verboten. Die Kasseunterstützung wird nur im Nach-
weisbureau ausbezahlt.

Wolfs. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter
befindet sich Beugenerberg 10. Wir ersuchen die
Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Um-
schauen ist streng verboten.

Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet
sich im Schweriner Gesellschaftshaus, Gr. Moor 51,
gebietet 6 1/2—7 1/2 Uhr abends. Umschauen streng ver-
boten.

Werdshofen. Kasseunterstützung wird ausbe-
zahlt bei Hans Zöler, Neuhofstr. 89 1/2, mittags
von 12—1 Uhr und abends von 6 1/2—7 1/2 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler,
Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet
sich bei Kollege Elmer, Schwalbacherstraße 71. Stb. I.
Umschauen ist strengstens verboten. Die Kasseunter-
stützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellischstraße 41,
ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an
Sonnentagen mittags von 12—1 Uhr.

Otto Hildebrand, Drechsler, geb. 14. 8. 1881
zu Neuenburg bei Goldbn,
eingetretten am 20. 10. 1906 zu Berlin, Buchn. 356 579,
wird gesucht. Mitteilungen über dessen jetzigen Aufent-
halt sind zu richten an O. Söburg, Gr. Richter-
felde-Str. 2, Berlin-Neukölln.

Wilh. Dorich, Schreiner, geb. 2. 5. 1886, zu
Graßheim, Buchn. 191 612, wird
ersucht, wegen seiner Klageklage seine Kasse mit dem
Wauborstand in Stuttgart zu lassen.

Alwin Berger, Tischler, geb. 17. 1. 1879 zu
Wolfsbühl, wird ersucht,
seinem Vater Nachricht seines jetzigen Aufenthalts zu
geben. Kollegen, welche ebenfalls Auskunft geben
können, werden ersucht, Nachricht an Carl Schmidt,
Braunschw. Werder 82 II, gelangen zu lassen.

Adolf Marten, Tischler, geb. 18. 1. 1884 zu
Schneidemühl, wird gesucht.
Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, werden gebeten,
dieser an seinen Vater Aug. Marten, Schneide-
mühl, Brunnenstr. 7, oder an den Bevollmächtigten
der Zahlstelle Schneidemühl, Max Krüger, Bäder-
straße 1, mitzuteilen.

Für Führung einer kleinen gutgehenden
Tischlerei, 4—5 Bänke, wird, da der Be-
sitzer erkrankt ist, ein tüchtiger unverheirateter
Möbeltischler, der auch etwas Bau ver-
steht, gesucht. Derselbe müßte in der Lage
sein, die Tischlerei später übernehmen zu
können. Offerten bitte unter A. L. 139 an die
Expd. der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu richten.

Rediger, tüchtiger, solider Volkerer findet
dauernde Stellung. Lohnansprüche erbeten.
W. Hansen, Möbelfabrik, Crivitz, Meckl.

Gesucht ein durchaus tüchtiger
Korbmacher,

der in den neuesten Maschinen der Holz-
bearbeitung Erfahrungen besitzt, von einer
neu zu eröffnenden Holzwarenfabrik. Gesl.
Offerten befördert die Annoncen-Expedition
Hansen & Vogler, Büsch (Schweiz), unter
Chiffre C. 9410 Y.

5 Korbmacher auf Drillinge
gesucht.
Aug. Müller, Osterburg, Altmark.

Die Welt erobert
haben sich d. Selbstunterrichtswerke Syst. Karnak-
Hachfeld: Die Bauschreinerschule,
Holzbildhauerschule, D. Kunst-
und Möbelschreinerschule, Zim-
mermeisterschule, Polierschule.
Prospekte und Anerkennungs schreiben gratis und
franko. Ansichtsendungen bereitwilligst.
Bonness & Hachfeld, Potsdam-R. 1.

Achtung! Tischlergehilfen!!
Alle Schindeln, die in den letzten Jahren
abgegeben, zeltorparrende Werkzeuge kommen.
Gutes Werkzeug halbe Arbeit.
Ich versende solche an Jedermann
gratis und franko
Bei Anfragen wolle man auf dieses Blatt
bezugnehmen.
Heinr. Busch, Hagen i. W.

Deutscher
Arbeiter-Stenographen-Bund
gibt jungen intelligenten Arbeitern Gelegen-
heit, kostenfrei unsere ideale Kurzschrift zu
erlernen. Interessenten richten unter Bei-
fügung üblichen Portos ihre Adresse an Louis
Flach, Frankfurt a. M., Grauberggasse 35.
Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.

Tischler-Fachschule.
Zeichner, Werkführer, Meister.
Neustadt i. Meckl.
Staatlich subv. Progr. kostenlos

Größte deutsche
Tischler-fachschule Detmold
Bew. Ausbildung, Progr. frei. Zum Selbstunterricht
empfehle: Die Stillehre f. Tischler, mit üb. 100 Abbild.
aller Stilarten. Mk. 4. Direktor Reineking, Detmold.

Fachblatt für Holzarbeiter.
Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband.
Der Jahrgang 1908 liegt nunmehr abgeschlossen vor. Er enthält auf
284 Seiten und 24 Kunstbeilagen über 650 Abbildungen aus der Praxis
des Holzarbeiters, darunter Reproduktionen von Arbeiten unserer bedeutendsten
Innenarchitekten. Ferner textliche Beiträge der ersten kunstgewerblichen
Schriftsteller.
Die Anschaffung des Werkes kann allen Holzarbeitern, insbesondere
aber den Bau- und Möbeltischlern auf das angelegentlichste empfohlen werden.
Der Jahrgang 1908 des „Fachblatt für Holzarbeiter“ kostet ungebunden
4,— Mk., in geschmackvollem Originalband gebunden 5,50 Mk.
Vom Jahrgang 1907 sind noch einige Exemplare vorrätig, die ungebunden
für 4,— Mk., gebunden für 5,— Mk. abgegeben werden.
Zahlreichen Bestellungen steht entgegen
Der Verlag des „Fachblatt für Holzarbeiter“.
Berlin C. 2 Neue Friedrichstr. 2.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23
zwei deutsche Reichspatente
Nach meinem durch
verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzlöslichem Pollerpulver
(Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht
:: eine sofortige Porenfüllung ::
man erspart Material, Zeit, Arbeit,
erzielt ::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare,
durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flam-
migen Maserung, volle Schönheit des Holzes,
vermeidet Oelanschwitzungen, Rissigwerden der Politurdecke, weisse
Flecke, sowie Einschlagen der Politur.
Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unver-
fälschte Schellack-Politur verwendet.
Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren
spritzlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem
Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.
Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:
1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1 „ Patent-Politur zum Reinpulieren
1 „ allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 „ Schleif- und Polleröl, gelblich
1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“
1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
1 „ Bimstein-Pollerpulver, hellnussbraun
1 Tube Inkrustationskit (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstellen
1 Stück Korkschiebklotz, 120x75x30 mm
zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.
Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.
Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren a 8 Mark.
Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des
Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaft-
liche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch aus-
geführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und
gänzlich beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenček-Brünn, Prof.
Ch. Herm. Waide-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München,
Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor
J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.
Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn.
Werkstattplauderei. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werk-
statt, behandelt die konstruktiven Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete
der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.
Meyers Geographischer Hand-Atlas. Dritte, neu-
bearbeitete Auflage. Mit 115 Kartenblättern und 5 Textbeilagen. Ausgabe A: ohne
Register. In Leinen gebunden 10 Mark. Ausgabe B: mit Register aller
auf den Karten verzeichneten Namen. In Halbleder gebunden 15 Mark.
Meyers Kleines Konversations-Lexikon. Siebente, neu-
bearbeitete Auflage. Mit mehr als 130 000 Artikeln und Nachweisen auf
6000 Seiten Text mit 520 Illustrationstafeln (darunter 56 Farbendrucktafeln
und 110 Karten und Pläne) und 100 Textbeilagen. 6 Bände in Halbleder
gebunden zu je 12 Mark. (Im Erscheinen.)
Brehms Tierleben. Kleine Ausgabe für Volk und Schule.
Zweite, von Richard Schmittlein neu-
bearbeitete Auflage. Mit 1179 Abbildungen im Text, 1 Karte und 19 Tafeln
in Farbendruck. 3 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Illustrierte Prospekte sind kostenfrei durch jede Buchhandlung zu beziehen.